Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Tagblatt. 1843-1937
1922

176 (28.6.1922) Erstes und Zweites Blatt

Visual Library

Bezugspreis: in Karlsruhe: in unserer Geschäftsstelle u. in unsr. Ausgabestellen abgeholt monatlich Mk. 25.—, frei Haus geliefert monatlich Mk. 28.—; auswärts: durch unsere Agenturen bezogen Mk. 28.—; durch die Post einschl. Zustellungsgebühr Mk. 28.— monatlich. Einzelverkauf 1.— Mk.

Postscheckkonto: Nr. 9547 Karlsruhe. Verlag, Schriftleitung und Geschäftsstelle Ritterstr. 1.

Karlsruher Tagblatt

Anzeigen: die 9gesp. Nonpareillezeile oder deren Raum 5.— M.; auswärts 6.— Mk.; Familienanzeigen u. Stellengesuche 3.50 Mk.; Reklamezeile 17.— Mk.; an erster Stelle 20.— Mk. Rabatt nach Tarif. Anzeig.-Annahme b. 3 Uhr mittags; kleinere Anzeigen spätestens bis 6 Uhr nachm.

Fernsprechanschlüsse: Geschäftsstelle Nr. 203. Verlag Nr. 21 und 297. Schriftleitung Nr. 20 u. 894. Hauptschriftleiter Nr. 19.

Badische Morgenzeitung — Mit der Wochenschrift „Die Pyramide" — Badische Morgenpost

„Wirtschafts- und Handelszeitung" / „Turn- und Sport-Zeitung" / „Unterhaltungsbeilage" / „Literaturbeilage" / „Für die Frauen" / „Wandern und Reisen" / „Die Scholle"

Chefredakteur: Hermann v. Laer. Verantwortlich für Politik: Fritz Ehrhard; für den wirtschaftlichen, badischen und lokalen Teil: Heinrich Gerhardt; für das Feuilleton: Hermann Weick; für die „Pyramide" Karl Johe; für Inserate: Heinrich Schriever, sämtliche in Karlsruhe. Berliner Redaktion Dr. Richard Jügler, Berlin-Lankwitz, Mozartstr. 37. Telephon-Zentrum 423.
Für unverlangte Manuskripte oder Drucksachen übernimmt die Redaktion keine Verantwortung. Rücksendung erfolgt, wenn Porto beigefügt ist. Sprechstunde der Redaktion 11—12 Uhr vormittags.

119. Jahrg. Nr. 176. — Mittwoch, den 28. Juni 1922 — Erstes Blatt.

Beamtenrätegesetz und Berufsbeamtentum.

Von **Albrecht Morath**, M. d. R.

Längst vor der Revolution entstand und verstärkte sich von Jahr zu Jahr mehr in der Beamtenschaft der Wunsch nach Beamtenvertretungen. Der erste Parlamentarier, der sich diese Forderung zu eigen machte, war, soweit ich feststellen konnte, der nationalliberale Reichstagsabgeordnete Beck-Heidelberg. Nach ihm haben auch die Vertreter anderer Parteien und hat namentlich auch nach seinem Ausscheiden aus dem Reichstage sein Fraktionskollege Meyer-Herford denselben Gedanken vertreten.

Will man diesen Wunsch weiter Kreise der Beamtenschaft verstehen, dann muß man daran denken, daß der Beamte in seiner dienstlichen Laufbahn nur ein einziges Mal nach seinem Willen handeln konnte, das ist bei seinem Eintritt, und auch der geschieht in Form eines staatlichen Hoheitsaktes. Der Beamte tritt nicht in den Dienst; er wird einberufen. Die Organisation des Beamtenkörpers kennt nirgends, auch nicht in rein persönlichen Angelegenheiten eine Mitwirkung, sie kennt nur Anordnungen, denen sich der Untergebene zu fügen hat, auch wenn ihm die Gründe für die Entscheidung vorenthalten werden. Je höher hinauf der Beamte steigt, umso weniger wird naturgemäß dieser Zustand als Mangel empfunden; denn der Beamte in leitender Stellung, der ja seinerseits freilich auch nur ausführendes Organ einer höheren Stelle ist, hat doch auf deren Entschließungen einen ganz anderen Einfluß als der Mann der breiten Masse. In dieser gewann naturgemäß die Forderung, in einem, wenn auch beschränkten Umfange durch gewählte Vertreter mitwirken zu können, beispielsweise an der Verteilung der Dienststunden, des Urlaubs, der Einrichtung und Verwaltung von Wohlfahrtseinrichtungen usw., zuerst Boden. Nach der Revolution bemächtigten sich radikale Politiker solcher Strömungen, um sie für ihre Ziele nutzbar zu machen und so entstand der sinnbenebelnde Ruf nach der Eingliederung der Beamtenschaft in das Rätesystem, nach einer Kontrolle der Betriebe, nach Mitbestimmung nicht nur in persönlichen, sondern auch in dienstlichen und wirtschaftlichen Angelegenheiten.

Von so krankhaften Neigungen ist der größte Teil der Beamtenschaft inzwischen längst genesen. Gefordert wird, um die Hauptpunkte kurz zu nennen, das Recht, zur Wahrnehmung eigener Interessen durch gewählte Vertreter gehört zu werden, das Recht der Mitbestimmung in rein persönlichen Angelegenheiten, eine Schlichtungsstelle für gewisse Streitfälle und die Immunität der gewählten Vertreter.

Daß solche Einrichtungen durchaus den Staatsbetrieben zum Vorteil gereichen, ja daß sie der Aufrechterhaltung der Autorität gute Dienste leisten können, haben so manche Beamtenvertretungen gezeigt, die entweder „kraft revolutionären Rechts" entstanden oder von den Verwaltungen eingerichtet worden sind. Ebenso wie sich die freie Wirtschaft daran gewöhnt hat, mit den Betriebsräten zu arbeiten, denen sehr weitgehende und für die Beamten nicht in Frage kommende Rechte durch das Gesetz vom 4. Februar 1920 eingeräumt worden sind; ebenso wird der Staatsbetrieb nicht gelockert werden, wenn ein vernünftiges Beamtenvertretungsgesetz, auf das die Beamten nach der Verfassung ein Anrecht haben, geschaffen wird. Die möglichst baldige Verabschiedung eines solchen Gesetzes ist nicht zum mindesten schon deshalb eine Notwendigkeit, weil das Betriebsrätegesetz für die staatlichen Arbeiter und Angestellten sich bereits seit fast 2½ Jahren in Kraft befindet. Es besteht also seit dem Inkrafttreten des Betriebsrätegesetzes der eigentümliche Zustand, daß in den staatlichen Verwaltungen, welche alle mehr oder weniger große Zahlen von Arbeitern und Angestellten beschäftigen, diesen viel weitergehende Rechte als den eigenen Beamten zustehen.

Ist nach dem allen ein Beamtenvertretungsgesetz eine Notwendigkeit, so wird sich niemand der Erkenntnis entziehen dürfen, daß es ein nicht wieder gutzumachender Fehler wäre, wenn ein solches Gesetz aus allerlei Bedenken für seine etwaigen Folgen aus dem Geiste des Mißtrauens gegen die Beamten geschaffen würde. Nichts wäre geeigneter, dem politischen Radikalismus die Bahn zu bereiten, als ein Gesetz, das die Beamten als aus solchen Motiven geboren erkennen müßten.

Seltsam — der „Entwurf eines Gesetzes über Beamtenvertretungen," der während der Amtszeit eines demokratischen Reichsministers des Innern ausgearbeitet wurde, den sein sozialdemokratischer Nachfolger im Juni v. J. mit der Zustimmung des Reichsrats dem Reichstage vorlegte, und den jetzt dessen wiederum sozialdemokratischer Nachfolger vor dem Reichstage zu vertreten hat, atmet diesen verderblichen Geist des Mißtrauens gegen die Beamten nur allzu sehr, wenn er auch nicht des von Sozialisten aller Schattierungen gefällte Urteil, erzreaktionär zu sein, in jedem einzelnem Punkte verdient. Der Entwurf kennt in nicht einem einzigen Falle ein Mitbestimmungsrecht, sieht vor, daß der Dienstvorgesetzte an jeder Sitzung eines Beamtenausschusses teilzunehmen das Recht hat, bestimmt, daß Mitglieder wegen Aeußerungen, die sie in Ausübung ihrer Tätigkeit gemacht haben, von ihrem höchsten Dienstvorgesetzten zur Verantwortung gezogen werden können usw. usw.

In 23. Reichstagsausschuß zeigte sich bald, daß es sich bei der Gestaltung des Gesetzes um einen Kampf politischer Richtungen für und gegen das alte Berufsbeamtentum handeln würde. Offen verlangten die Unabhängigen Sozialisten die Streichung des ganzen Gesetzentwurfes und die Unterstellung der Beamten unter das Betriebsrätegesetz. Ihre Begründung hatte wenigstens den Vorzug der Klarheit und Folgerichtigkeit. Man wollte den besonderen Rechtsverhältnissen der Beamten keine Rechnung tragen. Wir kennen kein Berufsbeamtentum, so führte der Sprecher der Unabhängigen aus, sondern nur Arbeitnehmer, die von Beruf Zugführer oder Assistent, ebenso wie andere von Beruf Handwerker oder Arbeiter sind. Ein Vertreter der Mehrheitssozialdemokratie beeilte sich zu bekennen, daß er diese Auffassung über den Begriff des Berufsbeamtentums teile, freilich, so fügte er in der unserer nachrevolutionären Mehrheitssozialdemokratie eigenen innerlichen Halbheit hinzu, „ohne das Berufsbeamtentum abzulehnen". In Wirklichkeit betrachteten sowohl die Vertreter der Kommunistischen Fraktion, als der beiden sozialistischen Richtungen das Gesetz als ein Mittel, den Kampf gegen das Berufsbeamtentum in seiner bisherigen Form zu führen, um dafür, wie es der Sozialist Steinkopf ausführte, mit Hilfe dieses Gesetzes, für das er die Bezeichnung „Beamtenrätegesetz" forderte, die Beamten als Arbeitnehmer in die Front aller übrigen Arbeitnehmer einzureihen. Folgerichtig bemühte man sich, alle möglichen Vorschriften des Betriebsrätegesetzes wortgetreu in das „Beamtenrätegesetz", wie es nach dem Willen einer Mehrheit aus den Linksparteien, den Demokraten und zwei Zentrumsanhängern heißt, zu übernehmen. Man hatte dabei manchmal das Pech, auch solche Vorschriften zu verlangen, die schlechterdings für Beamte nicht passen, z. B. Vorschriften für Tarifverträge, Pensionskassen usw. Und man hing so sklavisch an dem Wortlaut des Betriebsrätegesetzes, daß man sogar, das harmlose Wort „Vertrauensmann" im Regierungsentwurf überall durch den „Obmann" des Betriebsrätegesetzes ersetzt zu sehen wünschte. Die Donquichoterie wendete sich gegen jede Anwendung des Wortes „Dienstvorgesetzte" im Regierungsentwurf und hatte die Genugtuung, auch diesen Kampf siegreich zu bestehen. Eigentümliche Anschauungen vom Begriff der Gleichheit zeigte ein Antrag der unabhängigen Sozialisten, nach dem die oberen Beamten der Bezirks- und Zentralbehörden nicht zu den Beamten im Sinne dieses Gesetzes gehören sollten.

Die paar Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, wohin der Weg gewisser Beamtenfreunde führt. Die Herrschaften verkünden jetzt landauf, landab, daß ihre wahrhaft freiheitlichen Anträge größtenteils von der „Reaktion" zu Fall gebracht worden seien und erweisen auch öfter mir die Ehre, mich zum Teil dafür verantwortlich zu machen. Ich gestehe, daß ich mich freuen würde, wenn ich alle diese Vorwürfe verdiente; denn Vorwürfe aus solchem Munde sind erstrebenswertes Lob. Durch einen Antrag sind u. a. die Beamten der Körperschaften öffentlichen Rechts, ihren dringenden Wünschen entsprechend, in die Vorschriften des Gesetzes miteingezogen worden. In einem Antrag wurde der § 25 angenommen, der den Mitgliedern der Beamtenräte Immunität verschafft, und ein abgelehnter Antrag zum Mitbestimmungsrecht kann vor den Kreisen sachkundiger Beamten aller Klassen jeder Kritik ruhig entgegensehen. Dieser Antrag unterscheidet zwischen einem Mitbestimmungsrecht, das die Ortsbeamtenräte, einem solchen, das die Bezirksbeamtenräte und einem solchen, das die Hauptbeamtenräte haben, und gibt dadurch die Möglichkeit, in das Mitbestimmungsrecht mehr Angelegenheiten einzubeziehen, als das ein allgemein allen Räten zugestandenes Recht kann. Die genaue Aufzählung der Punkte, in denen das Mitbestimmungsrecht gewährt werden soll, ist zweifellos der allgemeinen Fassung, wie sie die Sozialisten vorschlugen, vorzuziehen. Ganz undiskutabel dürfte ein Antrag sein, der allgemein die Mitbestimmung bei Regelung persönlicher Dienstverhältnisse verlangt und dann außerdem noch 29 Fälle solcher persönlichen Dienstverhältnisse aufführt. Wie man weiß, endete die Lesung des Gesetzes im 23. Ausschuß damit, daß sich in dieser Frage der Mitbestimmung und bei der Beratung der folgenden Paragraphen zwei gleichstarke Gruppen gegenüberstanden. Auf der einen Seite Kommunisten, Unabhängige, Mehrheitssozialisten und Demokraten, auf der andern Bayerische Volksparteiler, Zentrumsvertreter, Volksparteiler und Deutschnationale. Ich beantragte, den sozialdemokratischen Innenminister zur Teilnahme an den nächsten Sitzungen zu bitten, was seinen sozialdemokratischen Fraktionskollegen im Ausschuß sichtlich peinlich war. Es hätte sich dann gezeigt, daß zwischen der agitatorischen Behandlung der Vorlage durch unverantwortliche Sozialisten und ihre Vertretung durch den für die Politik des Kabinetts verantwortlichen sozialistischen Minister arge Unstimmigkeiten bestehen. Der Antrag wurde abgelehnt. Man wollte hinter den Kulissen den Versuch machen, die Regierungsparteien zu einen. Das ist einstweilen vorbeigelungen, und es erscheint undenkbar, daß das Zentrum sich auf einen Standpunkt stellen könnte, der denjenigen genehm ist, welche das Berufsbeamtentum zermürben und untergraben wollen.

Die Kundgebungen im Reich.

b. **Berlin**, 27. Juni. Der Tag verlief in Berlin vollkommen ruhig. Die Arbeitsruhe wurde in allen Großbetrieben eingehalten. Die Einstellung der Verkehrsmittel forderte leider dadurch große Opfer, daß die Stadtbahnen, wie in solchen Zügen üblich, überfüllt waren. Als sich zwei Züge begegneten, auf denen auf beiden Seiten die Trittbretter mit Menschen besetzt waren, kam es dadurch zu einem Unfall, daß von einem Zuge verschiedene Personen heruntergerissen wurden. Wie es heißt, sollen 15 Tote und über 30 Verwundete zu beklagen sein.

Im übrigen setzt die Polizei die Nachforschung nach den Mördern Rathenaus weiter fort. Wenn auch im Augenblick noch keine bestimmte Nachrichten ausgegeben werden, so hat es doch den Anschein, als ob eine bestimmte Spur verfolgt würde und als ob diese Spur in Kürze zu einem Resultat führen wird.

w. **Berlin**, 27. Juni. Dem Reichspräsidenten sind anläßlich der Ermordung Rathenaus aus allen Teilen des Reiches und der Bevölkerung und auch von großen Organisationen der Arbeiterschaft der Industrie und des Handels, ebenso aus Kreisen der Kunst und Wissenschaft zahlreiche Beileidsbezeugungen zugegangen. Unter anderen haben ihre Teilnahme und ihre Entrüstung über das Verbrechen ausgedrückt: die Regierungen der Länder, der Magristrat und die Stadtverordneten von Berlin, der Vorstand der Hamburg-Amerika-Linie sowie die Methodistenkirche von West- und Mitteldeutschland.

Die heutige Kundgebung anläßlich der Ermordung Rathenaus sind nach den bisher vorliegenden Meldungen in den verschiedenen Teilen des Reiches ruhig verlaufen. In München sind die von den sozialistischen Parteien einberufenen Massenkundgebungen auf der Theresienwiese abgehalten worden. Die Sektionen zogen mit schwarz-rot-goldenen Fahnen zum Versammlungsplatz. Die Redner wandten sich gegen die geistigen Urheber des Mords.

Auch im rheinisch-westfälischen Industriegebiet hatten zahlreiche Teilnehmer dem Aufrufe der Gewerkschaften Folge geleistet. So herrschte von heute früh bis morgen früh völlige Arbeitsruhe. In Breslau nahmen an den Kundgebungen auf dem Schlesischen Platz viele Tausende teil.

Zusammenstoß in Hamburg.

Hamburg, 27. Juni. Die gestrigen Demonstrationen auf dem Heilgengeistfeld spielten sich im allgemeinen programmäßig ab. Lediglich nach Schluß der Demonstrationen kam es beim Abmarsch der Massen zu einer Schießerei zwischen Demonstranten und einer kleineren Abteilung der Schutzpolizei, die am Bismarckdenkmal Sperrdienst versah. Die Schutzpolizei hatte, wie verlautet, entgegen den Anweisungen des Senats mit Gewehren und Maschinengewehren Aufstellung genommen und ein Plakat aufgestellt mit der Aufschrift: „Wer weiter geht, wird erschossen". Die Demonstranten fühlten sich durch das Plakat provoziert und versuchten, es zu entfernen, wobei es zu dem Zusammenstoß kam. Die Schutzpolizei gab zunächst Schreckschüsse ab, wodurch jedoch die Demonstranten sich in ihrem Vorgehen nicht aufhalten ließen. Der Zusammenstoß forderte auf Seiten der Demonstranten einen Toten und 6 Verwundete.

Der bayerische Landtag.

w. **München**, 27. Juni. Im heutigen Landtag sagte u. a. Präsident Königsbauer: In der Verurteilung dieses entsetzlichen Mordes sind wir in diesem Hause alle derselben Meinung. Wir wünschen, daß die Mörder gefaßt, und ihren verdienten Strafen zugeführt werden. Schon aus dem Grund, damit Aufklärung über den Beweggrund der Tat geschaffen werde. Bis dahin muß ich den Wunsch aussprechen, daß keine voreiligen politische Schlüsse gezogen werden und auch keine überstürzten Maßnahmen nach irgend welcher Seite getroffen werden. Wir verurteilen das Verbrechen nicht nur aus Gründen der Menschlichkeit, sondern auch aus Gründen der Vernunft. Präsident Königbauer sprach zum Schlusse den Wunsch aus, daß dem deutschen Volke in Zukunft die Schmach eines solchen Verbrechens erspart bleiben möge, da dies der Weg zum Untergang sei.

Das Haus hatte die Kundgebung stehend angehört. Zum Zeichen der Trauer wurde die Sitzung abgebrochen.

*

w. **München**, 27. Juni. (Drahtber.) Im Anschluß an eine Gedächtnisrede des Bürgermeisters Schmied im Münchener Stadtrat auf den ermordeten Reichsminister Dr. Rathenau, beschlossen die Fraktionen der demokratischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Parteien eine Erklärung, worin der Stadtrat dem Abscheu gegenüber den abscheulichen Treibereien Ausdruck gibt, die zur Entstehung dieses Verbrechens geführt haben. Der Stadtrat fordert von der Reichsregierung und von der bayerischen Landesregierung, daß sie mit allen Mitteln eine umfassende und rücksichtslose Durchführung der zum Schutze der Verfassung und der für sie tätigen Personen erlassenen Maßnahmen herbeiführt. Ein Vertreter der Bayerischen Volkspartei erklärte, die Entschließung berufe sich auf ein Ausnahmegesetz. Die Partei könne deshalb nicht mitwirken.

Beileidskundgebungen des Auslandes.

w. **Berlin**, 27. Juni. Lloyd George hat dem Reichskanzler eine Trauerbotschaft übermitteln lassen, in der er sein tiefes Bedauern über den Tod Dr. Rathenaus und seinen Abscheu über das Verbrechen ausdrückt, welches das deutsche Volk eines seiner ausgezeichnetsten Vertreter beraubt habe. Ferner gingen dem Reichskanzler Beileidstelegramme vom italienischen Ministerpräsidenten Facta, dem italienischen Außenminister Schanzer und dem rumänischen Ministerpräsidenten Bratianu zu.

Englands Vertrauen in die deutsche Regierung.

w. **London**, 27. Juni. (Reuter.) In maßgebenden Londoner Kreisen ist man der Ansicht, daß die jetzige deutsche Regierung imstande ist, allen deutschen Reaktionären entgegenzutreten und daß kein Grund für Alarmgerüchte bestehe, die von gewisser Seite aufgetaucht sind.

*

Dr. Wirth einstweilen Außenminister.

t. **Berlin**, 27. Juni. Der Reichspräsident hat den Reichskanzler bis auf weiteres mit der Wahrnehmung der Geschäfte des Reichsministers des Auswärtigen beauftragt.

Besprechung der Ministerpräsidenten.

w. **Berlin**, 27. Juni. Die Ministerpräsidenten der Länder sind auf Donnerstag nachmittag zu einer politischen Besprechung der Lage eingeladen worden.

Drohung mit der Reichstagsauflösung.

t. **Berlin**, 27. Juni. (Drahtber.) Die Reichsregierung soll fest entschlossen sein, falls für den Gesetzentwurf zum Schutze der Verfassung die erforderliche zwei Drittel-Mehrheit im Reichstag nicht zustande kommt, zur Auflösung des Parlaments zu schreiten.

Zur Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund.

w. **London**, 27. Juni. Im Unterhause erklärte Lloyd George auf die Frage, wie sich die britische Regierung zu der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund stelle, diese Frage berühre nicht England allein; in erster Linie gehe sie Deutschland selbst an. Aber soweit die britische Regierung von dieser Angelegenheit berührt wird, werde sie einen Vorschlag, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, unterstützen.

t. **Paris**, 27. Juni. Zu der öffentlichen Aufforderung des englischen Premierministers, Deutschland in den Völkerbund aufzunehmen, und zu seiner Versicherung, daß England sich in der nächsten Sitzung in Genf für den Beitritt Deutschlands aussprechen werde, wird französischerseits eine klare Antwort vermieden. Man begnügt sich damit, die Angelegenheit als noch nicht spruchreif zu bezeichnen. Der „Temps" meint, zuerst habe in dieser Frage eine deutsch-englische Aussprache zu erfolgen. Die deutsche Regierung habe jetzt das Wort, um den Kontrast aufzuklären, der sich zwischen der Rede Lloyd Georges und der Rede des Reichskanzlers ergeben habe. Die Beweggründe für die Forderung Lloyd Georges, sagt der „Temps", sind wohl die: Lloyd George glaubt jedenfalls, die Demokratische Partei in Deutschland zu stärken, wenn er ihr die Perspektive von Genf eröffnet, und glaubt vielleicht auch, der neue deutsche Außenminister werde die Zulassung verlangen.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Die Trauerfeier im Reichstag.

w. **Berlin**, 27. Juni. (Drahtber.) Die Ausschmückung des Reichstages hatte der Reichskunstwart Redslob in Verbindung mit dem Generalintendanten des Staatstheaters Jeßner geleitet. Vor dem Sarge hielten zwölf Legationssekretäre des Auswärtigen Amtes die Ehrenwacht. Die Attachés des Auswärtigen Amtes hielten die Ordnung aufrecht. Saal und Tribünen füllten sich mit den Mitgliedern der Parlamente, unter denen alle Parteien vertreten waren, und den Führern der Wissenschaft, der Kunst und des öffentlichen Lebens. Die Mitglieder der Reichsregierung, des Reichsrates und die Vertreter der Länder nahmen auf ihren gewohnten Sitzen Platz. Das diplomatische Korps mit seinen Damen erschien vollzählig in der Lage des Landtages.

Um 12 Uhr wurde die Mutter Dr. Rathenaus vom Reichskanzler in die große Mittelloge geleitet. Es folgten die nächsten Verwandten. Die umflorten Lampen des Saales flammten auf. Bald darauf betraten der Reichspräsident, der Reichstagspräsident und der Reichskanzler den Saal. Die Versammlung erhob sich von ihren Sitzen und von draußen drangen die Töne von Beethovens Ouvertüre zu „Coriolan" herein. Die Musik wurde von der Kapelle der Staatsoper ausgeführt.

Dann betrat der Reichspräsident die Rednertribüne vor dem Sarg und führte, nachdem er der Trauer der Nation Ausdruck gegeben und die hohen Charaktereigenschaften und Fähigkeiten des Ermordeten gerühmt hatte, u. a. aus: Gehoben durch das Ansehen, das er als Führer deutscher Industrie nicht nur im deutschen Wirtschaftsleben, sondern in der ganzen Welt schon früher genoß, beruhend auf dem Eindruck und der Macht seiner Persönlichkeit, galt sein Wort in der Welt und in den Kreisen, die sie zurzeit beherrschen. Er war es in erster Linie, dem die Aufgabe gestellt werden konnte, unser Volk wieder enger in eine politische und wirtschaftliche Beziehung der Völker einzufügen zur Gesundung der ganzen Welt. Die Kugeln feiger Mordgesellen haben ihn aus diesem Wege herausgeschleudert. Aber die verruchte Tat traf nicht den Menschen Rathenau allein — sie trifft Deutschland in seiner Gesamtheit. Sie ist ein Anschlag auf die Nation, der sie einen der besten Patrioten, der fähigsten Köpfe und Vorkämpfer deutschen Aufbaues raubte; sie ist ein Verbrechen an unserem arbeitsamen, duldenden und hoffenden Volke, das sie in der Abwehr der Frevel aufs neue in den zersetzenden Kampf der Leidenschaften hineingezogen hat.

Der Reichspräsident schloß seine Rede mit den Worten: Mit heißem Dank und mit der Versicherung unvergänglichen Gedenkens bringe ich dem toten Freund und Mitarbeiter den letzten Gruß des deutschen Volkes dar!

Nach dem Reichspräsident widmete der Vizepräsident des Reichstages, Zentrumsabgeordneter Dr. Bell dem Verstorbenen einen herzlich gehaltenen Nachruf. Er geißelte die Brutalität, Ruchlosigkeit und Sinnlosigkeit des an Rathenau verübten Verbrechens. Zuletzt ergriff der Reichstagsabgeordnete Korell (Demokrat) das Wort zu einer Würdigung Rathenaus und sprach die Aufforderung aus, endlich wirklich das Vaterland über die Partei zu stellen.

Unter den Klängen des Wagnerschen Siegfried-Trauermarsches aus der „Götterdämmerung" schloß die Feier. Der Sarg wurde sodann zum Leichenwagen hinausgetragen. Darauf setzten sich die Wagen nach Oberschöneweide in Bewegung, wo die Beisetzung im Kreise der Angehörigen vor sich ging.

Dem Reichspräsidenten wurden beim Verlassen des Reichstages von vielen Tausenden begeisterte Ovationen dargebracht.

*

w. **Berlin**, 27. Juni. Der Reichskanzler Dr. Wirth fuhr gestern nachmittag zum Landhaus Dr. Rathenaus und weilte dort eine halbe Stunde am Sarge des Ermordeten, um von dem Freunde und Mitarbeiter den letzten Abschied zu nehmen.

Die Folgen.

Berlin, 27. Juni. In den Kreisen des Garantiekomitees hat die Ermordung Rathenaus tiefen Eindruck gemacht. Man ist von Besorgnis erfüllt, da Rathenau der Träger wichtiger Verständigungsverhandlungen war, die gerade in der nächsten Woche zum Abschluß kommen sollten. Die bis jetzt geführten Verhandlungen sind nämlich nur unbedeutende Vorverhandlungen von untergeordneten Organen, während erst in der nächsten Woche die endgültigen Verhandlungen mit der deutschen Regierung aufgenommen werden sollen. Man glaubt in den Kreisen der Garantiekommission, daß bei diesen Verhandlungen das Fehlen des Reichsministers Dr. Rathenau sich schwer fühlbar machen wird.

Arbeitsruhe in den Berliner Zeitungsbetrieben.

t. **Berlin**, 27. Juni. Infolge der für heute, Dienstag, angesetzten Trauerfeierlichkeiten und der damit im Zusammenhang stehenden Arbeitsruhe erscheinen am heutigen Tage die Berliner Zeitungen weder vor- noch nachmittags.

Die Nachforschungen nach den Tätern.

t. **Berlin**, 27. Juni. (Drahtber.) In einer Unterredung mit dem Mitarbeiter des „Berliner Tageblattes" machte Oberregierungsrat Dr. Weiß, der Chef der Berliner politischen Polizei, u. a. folgende Angaben: Zu dem besonderen Beobachtungsdienst gehören auch zahlreiche Haussuchungen bei politischen Organisationen, insbesondere bei antisemitischen Verbänden. So hat in der Nacht vom Montag zum Dienstag eine Haussuchung in den Büroräumen des Verbandes nationalgesinnter Soldaten, dessen Ehrenvorsitzender Ludendorff ist, stattgefunden, wobei außerordentlich interessantes Material beschlagnahmt werden konnte. Dieses Material wird nun gesichtet, und sofern sich weitere Hausuntersuchungen notwendig erweisen sollten, werden sie schleunigst vorgenommen werden. Auch in den Räumen der bekannten Organisation Roßbach in Wannsee hat gestern eine Haussuchung stattgefunden. Ueber das Resultat ist noch nichts bekannt, da die Beamten auch hier noch mit der Sichtung des Materials beschäftigt sind.

Interessant ist die Wiederverhaftung des Studenten Werner Flech, der bekanntlich kurze Zeit nach dem Bekanntwerden der Mordtat an Rathenau sich Einlaß ins Reichstagsgebäude verschaffte und dem Abg. Helfferich einen Lorbeerstrauß mit schwarz-weiß-roter Schleife, auf der stand: „Dem Retter der deutschen Ehre!" überbrachte. Flech war zunächst von der Polizeiwache des Reichstagsgebäudes verhaftet, aber später wieder vom Polizeipräsidenten auf freien Fuß gesetzt worden. Gestern nun ermittelte der Untersuchungsbeamte sehr belastendes Material über das Vorleben Flechs. So wurde in Erfahrung gebracht, daß Flech sehr intim mit Ehrhardt befreundet sein solle. Daraufhin wurden die Beamten, die mit seiner Bewachung betraut waren, beauftragt, ihn, der im Büro der Deutschnationalen Volkspartei weilt, sofort wieder in Haft zu nehmen.

Zu der Verhaftung Karl Tillessens sagte Dr. Weiß, daß Tillessen nicht erst auf die Rede Wels im Reichstage hin, sondern auf Grund schweren Belastungsmaterials, das der Polizei zugegangen war, festgenommen worden sei. Es haben sich nämlich verschiedene Zeugen gemeldet, die Tillessen am Montag in Berlin gesehen haben wollen. Als also für Tillessen der Verdacht der Täterschaft auftauchte, wurden auf telegraphische Anweisung hin sofort die Grenzen gesperrt und außerdem sämtliche Städte und Ortschaften in der Umgebung Flensburgs, wohin Tillessens Spur führte, benachrichtigt. Tillessens Vernehmung wird von entscheidender Bedeutung für die weiteren Nachforschungen sein. Man wird nun zunächst Tillessen dem Oberförster, der bekanntlich eine genaue Beschreibung der Täter gegeben hat, gegenüber stellen, und schon diese Konfrontierung wird zeigen, ob Tillessen der Täter ist. Durch die Aussagen des Oberförsters haben übrigens Sachverständige bereits feststellen können, daß die Täter in einem Opel-Automobil, und zwar in einem alten großen Tourenwagen, geflohen sind. Es wird nun bei allen Garagebesitzern nachgeforscht werden. Zum Schluß sagte Dr. Weiß, es seien noch sehr viele politische Maßnahmen im Gange, über die jedoch im Augenblick noch nichts gesagt werden könne.

Wie der „Berliner Lokalanzeiger" mitzuteilen weiß, seien bei der Durchsicht des der Polizei zugegangenen umfangreichen Materials wertvolle Fingerzeige gefunden worden, die vermutlich auf die Spur der Mörder führen. Oberregierungsrat Weiß hat sich mit zahlreichen Polizeibeamten in mehreren Autos gestern in später Abendstunde entfernt, um diesen Spuren nachzugehen, die auf deutschvölkische Verschwörung hindeuten sollen.

In den Meldungen über die Mordtat war ein rotbraunes Auto erwähnt worden, das in schneller Gangart kurz nach der Verübung der Mordtat an der Mordstelle vorbeigefahren sei. Die Vermutung, daß der Wagen die Aufgabe hatte, das Auto der Mörder zu decken, hat sich nicht bestätigt. Es hat sich herausgestellt, daß der Wagen einem Berliner Bankdirektor gehörte und sich in ihm die Schwester des Ermordeten mit ihrem Manne und zwei anderen Personen befanden. Die Insassen waren ohne Ahnung von dem Verbrechen an der Mordstelle vorbeigefahren.

Berlin, 27. Juni. Vom Luftschiffbau Zeppelin in Staaken wird gemeldet: Die heutigen Abendblätter berichten, daß die Mörder Rathenaus in einem Flugzeug von Staaken aus entkommen seien. Dies entspricht nicht den Tatsachen. Von der Lloyd-Luftverkehrslinie Sablatnig sind 2 Flugzeuge, nämlich morgens 7.45 Uhr nach Danzig und um 8 Uhr das zweite nach Bremen aufgestiegen, von der Deutschen Luftreederei um 1.30 Uhr das Flugzeug D 74 mit einem Fahrgast nach Hamburg und um 4.10 Uhr das Flugzeug D124 nach Dresden mit dem Flugzeugführer Lange. Sämtliche 4 Flugzeuge wurden von der Flugzeugpolizei untersucht. Die 4 Flugzeuge waren sämtlich fahrplanmäßig. Nichtfahrplanmäßige Flugzeuge sind nicht gestartet.

Weitere Verhaftungen.

Berlin, 27. Juni. (Priv.-Tel.) Ueber den Ministermord wird in den Abendblättern mitgeteilt, daß in der Nacht noch mehrere Verhaftungen vorgenommen worden sind, u. a. wurde ein junger Mann in der Wohnung seiner Eltern im Osten Berlins verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Wie die andern, so bestreitet auch er jede Beteiligung an dem Verbrechen. Sein Alibi und seine anderen Aussagen werden, wie auch in den übrigen Fällen, noch nachgeprüft. Der in Flensburg verhaftete Karl Tillessen ist in Berlin noch nicht eingetroffen.

Trauerkundgebung des Badischen Landtags.

t. **Karlsruhe**, 27. Juni. Zu Beginn der kurz vor ½11 Uhr eröffneten Sitzung gedachte

Präsident Wittemann

(während sich die Abgeordneten und die Tribünenbesucher von ihren Plätzen erhoben hatten) der Ermordung des deutschen Außenministers Dr. Rathenau. Der Präsident verurteilte in scharfen Worten Tat und Täter und rühmte die Eingenschaften des Ermordeten, dem das deutsche Vaterland viel zu danken habe. Auch der Badische Landtag fordere die Regierung auf, alle Mittel zu ergreifen, um der Verfassung und dem Gesetz Recht zu schaffen, um diesem bösen Geist, der eine solche Mordtat ermöglichte, mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Der Demokratischen Partei, der der Ermordete angehörte, und der Mutter Rathenaus sprechen wir unsere warme Teilnahme aus und wir geloben, uns hinter die Männer zu stellen, die trotz aller Anfeindungen unser Vaterland aus seiner schweren, bedrückten Lage herauszuführen bereit sind.

Durch Ihr Erheben von den Sitzen haben Sie die Zustimmung zu meinen Ausführungen gegeben und Ihre Teilnahme zum Ausdruck gebracht. Ich stelle das fest und ich werde Ihre Teilnahme der Reichsregierung übermitteln.

Staatspräsident Dr. Hummel:

Das badische Staatsministerium billigt ausdrücklich die Stellungnahme der Reichsregierung und ihre getroffenen Maßnahmen und wir sind fest entschlossen, mit der Reichsregierung das Notwendige zur Durchführung zu bringen. Das badische Staatsministerium erwartet von allen Organen der Verwaltung und von allen Beamten, daß sie die Staatsregierung in der Durchführung der notwendigen Maßnahmen unterstützen.

Mit dem erneuten Bekenntnis zur demokratischen Republik, das wir heute ablegen wollen, können wir dem Toten ein Denkmal errichten. Die Prediger der nationalen Einheitsfront müssen jetzt einsehen, wo die wirklichen Feinde stehen. Werden sie die Lehre aus diesem Ereignis und der heutigen Stimmung, die uns beseelt ziehen? Ich fürchte, nicht alle werden es tun. Aber wir, die Vertreter des republikanischen Gedankens in Deutschland, werden die Zeichen dieser Tage verstehen. Wir werden auch die Lauen und Gleichgültigen aufrufen, damit sie sich an der Mitarbeit betätigen. Denn auch sie müssen erkennen, daß Kultur und Wirtschaft nicht anders blühen können, als in einem wirklich gefestigten Staatswesen. Wir bekennen uns daher erneut zu den Grundsätzen der demokratischen Gleichberechtigung. Wir werden mit aller Energie durchzusetzen wissen, daß in Zukunft den Symbolen der Republik die nötige Achtung entgegengebracht wird.

Das badische Staatsministerium ruft Sie, meine Damen und Herren, zur Mitarbeit auf. Wenn wir in dem Geiste, der uns bisher beseelte, weiter fahren, so werden wir am besten das Andenken des Toten ehren. Ich habe dem Reichspräsidenten und dem Reichskanzler das Beileid der badischen Regierung ausgesprochen und ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

Mögen Dr. Rathenau gute Geister auf seinem Wege in das Schattenreich begleiten.

In lautloser Ergriffenheit hatte das Haus die Ausführungen des Landtagspräsidenten wie diejenigen des Staatspräsidenten angehört.

Auf Vorschlag des Präsidenten Wittemann vertagte sich nach dieser Trauerkundgebung das Haus auf nachmittags 5 Uhr.

Kundgebung in Karlsruhe.

Eine große Menschenmenge aus den verschiedensten Berufsgruppen fand sich gestern nachmittag auf dem Marktplatz zu einer Kundgebung gegen den Mord an Reichsminister Dr. Rathenau ein.

Der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Stock führte in einer etwa halbstündigen Rede ungefähr folgendes aus:

Volksgenossen, Arbeitsgenossen und Freunde der Republik! Zur gleichen Stunde, zu der wir uns hier versammeln, wird man die Leiche eines Führers der Republik in Berlin der Erde übergeben. Ein Mann, ein Minister, der es sich zur Aufgabe gemacht hatte, die deutsche Republik in Not leiten und lenken zu helfen. Ein Mann ist der Mörderhand zum Opfer gefallen. Wir müssen dieses Mannes gedenken, der es sich zur Aufgabe gemacht hat, gesunde Verhältnisse für das Volk zu schaffen. Das deutsche Volk seit Jahren gemartert und gequält durch eine Politik, der die Arbeiterschaft nie ihre Zustimmung geben wird. Das deutsche Volk ist in den Krieg hineingetaumelt, ist in den Krieg hineingeführt worden, der Millionen Volksopfer gekostet hat. Der Krieg hat dem deutschen Volk einen Vertrag gebracht, der geeignet ist, das deutsche Volk zu knebeln.

Münchener Musikbrief.

Im Residenztheater: „Acis und Galathea" von Händel. — „La Serva Padrona" von Pergolesi. „Der Dorfbarbier" von Schenk.

Es gibt für den Rezensenten eine Art von Hochgefühle, nämlich die seltenen Augenblicke, wo er die kritische Stirn entrunzeln und in freundliche Falten eines hingegebenen Genießens glätten darf und selbst zum begeisterten Zuschauer, zum Miterlebenden wird. Darum will ich heute die Merkertafel beiseite legen und Freude darüber empfinden, reine Freude, daß ich es mit gutem Gewissen darf. Wie groß und herrlich hat der mächtige Genius Händels sich in dieser vollendeten Münchener Aufführung geoffenbart, nicht in einer Oper im heutigen Sinn, sondern mit einem beseligenden Ausschwingen des Gefühls, vor dem Stile versinken und Menschlichstes, Ewiges hervorleuchtet. Ist dies doch der ganze Inhalt der bewundernswert einfachen Fabel: Acis liebt Galathea, Galathea liebt Acis, und Polyphem in wilder Eifersucht erschlägt den schönen Jüngling. Aus dem Felsen aber, mit dem der Cyklop den Acis traf, sprudelt ein munterer Quell, tröstend gießt er sich Galatheen ins Herz. Dies ist in eine Musik von so vollendeter Schönheit getaucht, daß in solcher Landschaft die Seele eine ihrer Urheimaten ahnt, wo sich das Lieblichste mit dem Erhabensten paart.

Und dann wenn sich der Vorhang wieder hebt eine andere Welt: Man sieht Herrn Pandolfo aus „La Serva Padrona" auf seine Schokolade warten. Wie reizend umspielt die Spitzbübin Zerbina den grimmen Haustyrannen, bis sie schließlich Frau Pandolfo wird. Auch hier verkündet sich ein Urgeist künstlerischer Formung, allein er ist ein Schelm und er kennt nur eine Todsünde, den Trübsinn. Es ist der Geist des Tanzes, und dieser ernsten pedantischen Welt tanzt er mit Vergnügen auf der Nase herum. Ach, welch ein lustiges Schweben über den Dingen, denen man nicht auf den Grund sehen will! Das ist so alt und ist so neu, daß man kaum begreifen will, daß Pergolesi vor mehr als 150 Jahren dies Stücklein der Neapolitanischen Opernbühne in zufälliger Geberlaune geschenkt hat! — Fürwahr, worüber soll man freudiger lächeln, über dies leichte, huschende, witzige, nur von Streichern getragene Orchester, die musikalische Charakteristik oder das köstliche mimische Vermögen dieser Musik, in der jede Geste für den Darsteller vorgedeutet erscheint?

Nun aber kommt das Lachen an die Reihe. Wer stapft jetzt über die Bühne und schneidet Schwarzbrot auf, wo der Italiener Pastete servierte? Es ist Schenks unverwüstlicher Dorfbarbier, dem das Mühmchen Volkslied und die derbere Patin Posse bei seiner Geburt Gevatter gestanden haben. Etwas zurechtgestutzt ist er schon, der biedere Meister Lux, und statt des zweiaktigen Röckleins hat man nur mehr ein einaktiges verstattet. Nicht aufbrausen, Gevatter! Reg dich nicht auf über ein paar ausgefallene Arien (allerdings Suschens Polka hätte man dem armen Mädchen nicht wegnehmen dürfen!), sei froh und heiter, daß du noch immer auf festen Beinen stehst und deine Schinkenkuren insofern stete Heilkraft bewahren, als sie auch noch anno 1922 die Lacher auf ihrer Seite haben. Und wenn sich gar ein paar blasierte Gesichter von dir wegwenden, mach dir nichts draus, alter Dorfbarbier, du bist schon auf dem richtigen Weg. Wollte Gott, dein moderner Vetter im Operettenkostüm hätte einmal in deine Barbierstube geguckt! Wie sauber ist da alles und wie anständig!

Den Darstellern merkte man die Lust an, mit der sie sich an ihre Aufgaben machten! In dem Pastorale schmolzen die Leistungen von Delia Reinhardt (Galathea), Fritz Kraus (Acis) und Paul Bender (Polyphem) zu einer künstlerisch makellosen Einheit zusammen. Als Zerbina in Pergolesis Serva padrona übertraf Maria Ivogüen sich selbst; die alte Zeit der italienischen Commedia dell'arte dünkte mich erneut. Dem deutschen Singspiel verhalfen die Meisterleistungen von Robert Lohfing (Lux), Josef Geis (Adam), Thea Linhard (Suschen) und Karl Seydel (Josef) zu einem durchschlagenden Erfolg. Die Bühnenbilder von Preetorius trafen den Stil der einzelnen Werke vortrefflich und musizierten in ihrer Feinheit leise mit. Bruno Walter, der scheidende, zeigte zum Abschied noch einmal eine Neueinstudierung von einer so beglückenden Vollendung, wie sie nur ein Dirigent von seiner Bedeutung bieten kann.

Dr. **Wilhelm Zentner.**

Theater und Musik

Freilichtspiele im Heidelberger Schloßhof. Im Hof des Heidelberger Schlosses sollen demnächst unter Mitwirkung der Jugendverbände Freilichtspiele veranstaltet werden. Es werden Hebbels „Nibelungen", erster und zweiter Teil gegeben werden.

Deutsche Opernfahrt nach Amerika? Zwischen dem Direktor des Deutschen Opernhauses in Charlottenburg, Georg Hartmann, und dem Leiter des Manhattan-Opera-House in Neuyork, Georg Blumenthal, wird ein Abkommen geplant, nach dem Direktor Hartmann eine Wagner-Festspielreise durch die Vereinigten Staaten unternimmt. In Neuyork würde der Aufenthalt 14 Tage währen. Außerdem besucht die Truppe eine ganze Reihe amerikanischer Städte. Zur Aufführung gelangen: „Tannhäuser", „Meistersinger", „Tristan", „Holländer", „Lohengrin", ferner Strauß' „Salome". Bühnenausstattung und Kostüme der 250 Personen umfassenden Truppe, die deutsch singen wird, werden aus Deutschland mitgenommen.

Kunst und Wissenschaft

Technische Hochschule Karlsruhe. Der Dozent für Bodenkunde an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Landwirtschaftsinspektor Hans Rösch, ist zum Oekonomierat ernannt worden.

Die Karl-Zeiß-Stiftung in Jena hat zur Förderung der mathematischen und physikalischen Wissenschaften und deren Anwendungsgebiete aus den Zinsen von 100 000 M einen Ernst Abbe-Preis gestiftet, der alle drei Jahre verteilt werden soll. Dem Preis wird eine Ernst Abbe-Gedächtnismedaille beigegeben.

Hochschulnachrichten. Die Universität München begeht am 24. Juni das Stiftungsfest und die Feier ihres 450jährigen Bestehens. — Im Alter von 63 Jahren verschied der Ordinarius und Direktor des physikalischen Instituts an der Technischen Hochschule zu Dresden, Geh. Hofrat Prof. Dr. Wilhelm Hallwachs. Seine wissenschaftlichen Arbeiten erstrecken sich vor allem auf die „lichtelektrischen" Erscheinungen. Er entdeckte 1888 die lichtelektrische Entladung und die lichtelektrische Erregung, die sogenannten „Hallwachseffekte".

Personalien. Wie wir hören, ist der Professor der anorganischen Naturwissenschaften an der Forstlichen Hochschule in Eberswalde, Dr. Carl Gustav Schwalbe, zum Honorarprofessor an der Technischen Hochschule in Berlin ernannt worden. — Im Alter von 66 Jahren starb am 9. d. M. der bekante Nationalökonom, ord. Honorarprofessor an der Universität Berlin Dr. rer. pol. Rudolf Eberstadt. Er war besonders auf dem Gebiete des Städtebaues, der Volkswirtschaft sowie des Gewerbewesens tätig. — Der Privatdozent und Oberarzt an der Frauenklinik der Universität Gießen, Dr. med. Paul Willy Siegel, ist zum außerplanmäßigen außerordentlichen Professor der Geburtshilfe und Gynäkologie ernannt worden. — Aus Anlaß der Gründungsfeier des Vereins Deutscher Papierfabrikanten ist dem Kommerzienrat Dr. Adolf Scheufelen, Teilhaber der Papierfabrik Scheufelen in Oberlenningen von der Techn. Hochschule Stuttgart in Anerkennung seiner hervorragenden Leistungen auf dem Gebiete der Papierherstellung die Würde einer Doktor-Ingenieur ehrenhalber verliehen worden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

Wir haben heute nicht notwendig, auszusprechen, daß wir es ablehnen müssen, daß das deutsche Volk als solches schuld an dem Kriege sei, wir müssen es aber aussprechen, daß an dem Unglück, das das deutsche Volk durchzukosten hat, vor allem die Verbände der Chauvinisten schuld sind, die für sich in Erbpacht genommen haben, als die allein Nationalen zu gelten.

Wir wissen, daß gerade sie schuld sind an den Wirrnissen. Wir sind jetzt hierher gekommen, um zu protestieren gegen dieses Verbrechen. Wir fordern auch am heutigen Tage einen wirksamen Schutz der Republik. Wir bekunden Treue zu allen den Maßnahmen, die die Regierung getroffen hat, um die Republik zu schützen. Wir fordern ferner die Amnestie für alle jene Verhafteten, die geglaubt haben, im Interesse des deutschen Proletariats zu handeln. Wir sind weit davon entfernt, ein gemeines Verbrechen dulden zu wollen, das Leitmotiv zur Tat muß die Grundlage für den Geist der Amnestie sein. Wir geloben an dem heutigen Tage, der Republik treu zu dienen. Das deutsche Proletariat muß wissen, daß sein Weg zum Ziele durch die Republik geht. Wenn in Zukunft die deutsche Regierung gewillt ist, alle Maßnahmen zu treffen, um die Republik zu verteidigen, dann werden wir die Arbeiterschaft. wir das arbeitende Proletariat, die die Kräfte aller Werte sind, sie stützen.

Zu den Feinden des deutschen Volkes gehört in erster Linie der Vertrag von Versailles, der uns wirtschaftlich knebelt, der andere Feind ist die Uneinigkeit.

Der Redner verlas noch einige an die Regierung zu richtende Forderungen und ersuchte die Anwesenden, ihre Zustimmung durch Erheben des Armes zum Ausdruck zu bringen. Er verlangte u. a.:

Wirksamen Schutz der Republik durch scharfe Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten,

Abänderung des Gerichtsverfassungsgesetzes und des Strafrechts,

Entfernung aller monarchistischen Elemente aus der Verwaltung,

Amnestie für alle politischen Gefangenen.

*

Eine Erklärung der Karlsruher Studentenschaft.

Seitens des Ausschusses der Studentenschaft der Technischen Hochschule ist uns folgende Erklärung zugegangen:

Die Karlsruher Studentenschaft verurteilt das in Nr. 146 des „Volksfreund" vom 27. Juli mitgeteilte Verhalten einiger Studierenden bei einem Frühschoppen in der Alten Brauerei Kammerer, falls sich jene Nachricht als zutreffend erweisen sollte, auf das Schärfste.

Zur Klarstellung des Falles ist eine Disziplinaruntersuchung beantragt worden. Die betroffenen Verbindungen haben dem Ausschuß der Studentenschaft mitgeteilt, daß bis zur Aufklärung des Sachverhaltes jede Beziehung mit den beteiligten Studierenden gelöst worden ist.

*

Der „Volksfreund" hatte in der genannten Nummer unter der Ueberschrift „Eine studentisch-nationalistische Rathenaufeier am Extisch" über Vorgänge berichtet, die sich, mit der Ermordung Rathenaus in Verbindung stehend, am Biertisch abgespielt haben sollen. Eine Aufklärung dieser Vorgänge erscheint auch uns dringend notwendig.

Badischer Landtag

t. **Karlsruhe**, 27. Juni. In der Nachmittagssitzung begründete Abg. D. Mayer-Karlsruhe (D.N.) die von seiner Fraktion eingebrachte Förmliche Anfrage über das

Attentat gegen Scheidemann.

Die Anfrage hatte folgenden Wortlaut: „In Nr. 129 des „Volksfreund" vom 6. d. M. unter der Ueberschrift „Attentat mit Blausäure gegen Scheidemann" und in Nr. 130 desselben Blattes vom 7. d. M. unter der Ueberschrift „Attentat auf Scheidemann" sind Auslassungen, dort der Schriftleitung des sozialdemokratischen Organs, hier der Parteileitung der Sozialdemokratischen Partei in Karlsruhe erschienen, die in maßloser Weise einen Teil des deutschen Volkes gegen einen anderen aufreizen und zugleich Letzteren in unerträglicher Weise verleumden. Welche Maßnahmen gedenkt die Regierung zu ergreifen, um solch sträflichem Treiben ein für allemal den Boden unter den Füßen wegzuziehen oder doch, wenn sich das Erscheinen solcher Auslassungen (Artikel) nicht verhindern läßt, diese wenigstens ihre Wirkung auf die Bevölkerung aufzuheben?"

Abg. D. Mayer-Karlsruhe) führte dazu aus: Wir werden uns streng an die Sache halten. Die Zeitungen aller Koalitionsparteien überboten sich in Angriffen und Unterstellungen gegen uns. Dazu war kein Grund vorhanden. Solche Vorkommnisse erschweren es uns nur, unsere Ziele in der Bevölkerung durchzusetzen und zu vertreten. Der „Volksfreund" hat u. a. von dem Treiben der deutschnationalen Mörderbanden gesprochen. Aus unserem Wählerkreise kam der Wunsch, gegen die „Volksfreund"-Artikel Protest zu erheben. Wohin sollten wir mit einer solchen Hetze eines Volksteiles gegen einen anderen kommen? Der zweite Artikel war noch schlimmer, weil er eine parteiamtliche Auslassung war. Zur badischen Regierung haben wir noch immer das Vertrauen, daß sie unparteiisch ist. Bei unserer Anfrage denken wir nicht an gesetzliche Mittel. Das Mißtrauen, das verschiedene Gruppen unseres Volkes spaltet, mag viele Wurzeln haben; die stärkste Wurzel geht aber zur Schuldfrage und zu ihrer Beantwortung. Wir behaupten die Unbeweisbarkeit der Alleinschuld Deutschlands. (Abg. Frau Unger (U.S.): Ihr Unschuldslämmer!) Bewiesen ist, daß die Rede von der Schuld oder gar von der Alleinschuld Deutschlands am Kriege eine Lüge ist. (Widerspruch und Zwischenrufe.) Das deutsche Volk ist ein Opfer der Täuschung und Irreführung geworden. Die Regierung würde eine befreiende und erlösende Tat vollbringen, wenn sie dafür sorgen würde, daß solche Verhetzungen unterbleiben."

In der Beantwortung der Anfrage führte Minister des Innern Remmele aus: Was wir eben gehört haben, ist ein Stück Provokation. Wir haben uns in der Regierung die Frage vorgelegt, welche Gefühle die deutschnationale Fraktion und die Deutschnationale Partei in Baden dazu gebracht haben, die Regierung zu einem Einschreiten gegen den „Volksfreund" aufzufordern und zugleich darauf zu dringen, daß ein Strafantrag gegen den „Volksfreund" eingeleitet wird. Da muß ich sagen: Was du nicht willst, das man dir tu, das füg' auch keinem andern zu! Wie lange muß sich denn die gegenwärtig herrschende Macht dieses Spiel noch gefallen lassen? (Sehr richtig!) Es ist soweit gekommen, daß keine Versammlung mehr stattfindet, in der nicht von der rechten Seite unsachliche Angriffe laut werden. Wir sehen bei den verschiedensten Veranstaltungen eine geradezu demonstrative Bevorzugung der alten deutschen Reichsflagge. Beim Trauertag für Oberschlesien hat der Evangelische Oberkirchenrat ebenfalls eine schwarz-weiß-rote Fahne herausgehängt. (Abg. Mayer (D.N.): Herr Minister, wollen Sie gegen die evang. Kirche hetzen?)

Minister Remmele: Ich hetze nicht gegen die evangelische Kirche. Ich sage jetzt nur Personen, die dafür verantwortlich sind, die Wahrheit. Wenn die Dinge so weiter gehen, treiben wir rettungslos in den Bürgerkrieg. (Zustimmung.) Der Minister verliest eine Zeitungsnotiz über eine Rede des Abg. Hertle anläßlich einer Versammlung des Landbundes, wobei der Reichspräsident und der badische Minister des Innern angegriffen wurden und ihnen, weil sie nur die Volksschule besucht haben, Unfähigkeit vorgeworfen wurde. Die Regierung hat noch nie um das Vertrauen der Deutschnationalen gegeizt, sonst wären wir auf die schiefe Ebene geraten. Wir haben noch nicht um das Vertrauen der äußersten Linken gegeizt, denn beide Teile, haben das Ansehen der Republik mit allen Kräften zu schädigen gesucht (Zuruf von den Kommunisten: Wir haben noch keinen Mord begangen). Ich habe nicht gesagt, daß die andere Seite einen Mord begangen hat. Die Mörder wurden jedoch durch die Propaganda und durch die Hetze zu ihren Taten veranlaßt. Auf die deutschnationale Anfrage haben wir ein Nein. Die Regierung, die Parlamente und die Mehrheitsparteien müssen sich endlich klar darüber sein, daß man jetzt daran gehen muß, Aufbauarbeit zu leisten und die Republik zu sichern (Zustimmung). Das Vorgehen der Reichsregierung berechtigt zu der Hoffnung, daß diese Aufbauarbeit sofort in Angriff genommen werden kann. Ein Teil unseres Volkes — es ist nur ein kleiner Teil — glaubt mit der Republik Schindluder treiben zu können. Die Anfrage der Deutschnationalen ist nur geeignet, die Spaltung in der Bevölkerung zu verschärfen. Eine klare und scharfe Sprache ist nötig. (Beifall).

In der Aussprache über die Anfrage erhielt zuerst Abg. Marum (Soz.) das Wort: Es gehört ein großes Stück Unverfrorenheit dazu, wenn die Deutschnationalen eine solche Anfrage zu stellen sich erdreisten. Die deutschnationale Presse schreibt täglich in der gehässigsten Weise gegen Regierung und Partei. Ich erkläre Ihnen (zur Rechten) es ist schwer, Ihnen zu glauben, daß die Interpellation von Ihnen selbst ernst genommen wird. Es ist ein unerhörtes Stück Anmaßung, das die deutschnationale Partei durch ihren Generalsekretär im „Volksfreund" denunziert und den Staatsanwalt gegen ihn hetzen will. Wir haben in Deutschland schon den Bürgerkrieg; die eine Seite hat ihn mit der Pistole in Hand begonnen. Die Deutschnationalen sollten, anstatt heute große Worte zu machen, sich in die Mauselöcher verkriechen, in die sie bei Ausbruch der Revolution verschwunden sind.

Zuruf des Abg. Mager (DN): Sie (zur Linken) waren während des Krieges in den Mauselöchern — großer Lärm. Erregte Zurufe: Schieber! Dreckfäckel! — Zuruf aus Zentrumskreisen: Das geht zu weit. —

Erst allmählich gelingt es dem Präsidenten die Ruhe wiederherzustellen. Ein großer Teil der Zwischenrufe bleibt bei dem herrschenden Lärm unverständlich. — Zwischenruf des Abg. Kullmann (Soz.): Die Provokation ist doch zu stark, als daß man ruhig bleiben könne. — Präsident Wittemann: Es sind Ausdrücke gefallen, die doch nicht ins Parlament gehören.

Abg. Marum (Soz.) fortfahrend: Rathenau steht rein da vor der ganzen Welt. Die deutschvölkischen Kreise haben an dem Mord eine moralische Mitschuld und auch die Schwerindustrie, die Unterstützungsgelder gibt, aber nicht weiß, wohin diese Gelder wandern. Revolutionen gehen nicht an einem Tage zu Ende und es ist noch nicht aller Tage Abend! Ich drohe nicht, aber ich will warnen. Wir befinden uns heute noch in gefährlicher Zeit. Die Bürger dürften nicht schlafen, sondern sie müssen wachen. Auch die Richter müssen wachsam sein; denn es besteht ein berechtigtes Mißtrauen gegen die Richter. Und was geschieht in den deutschen Schulen, in den Hochschulen, um die deutsche Republik sicher zu stellen. — Unter lebhaften Pfuirufen teilt der Redner mit, daß eine Karlsruher Studentenverbindung Rathenau in einer „Trauerfeier" verhöhnt hat.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.): Nicht um das Leben Rathenaus zu zerstören, hat man ihn ermordet, sondern weil man die jetzige Staatsform treffen will, die den Mördern nicht paßt. Diese Politik aber führt zum Bürgerkrieg, der entsetzlicher ist, als der Krieg nach außen. Ich selbst war in Berlin Zeuge der großen Demonstrationen anläßlich der Ermordung Rathenaus. Sie sind in aller Ruhe verlaufen, aber wir dürfen uns nicht täuschen: Im Innern glüht ein gefährliches Feuer.

Abg. Dr. Schofer fortfahrend: Der Geist der Rechtspresse ist auch heute noch der gleiche geblieben. Auch heute noch teilt die „Süddeutsche Zeitung" das Volk in zwei Teile: in vaterländische Kreise und vaterlandslose Gesellen. Was muß es für eine Erbitterung erregen, wenn ein Mann, der vier Jahre lang draußen in Not und Tod seine Pflicht getan hat, sich jetzt gefallen lassen muß, nicht zu den vaterländischen Kreisen gerechnet zu werden? Um die Politik zu präparieren, die am letzten Samstag mit der Pistole gemacht wurde, scheut die Rechtspresse nicht vor den gewöhnlichsten Beschimpfungen zurück. (Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) ruft: „Und früher sind sie vor jedem Schafskopf auf dem Bauche gekrochen!" Große Heiterkeit.) Wenn die Rechtspresse jetzt „meilenweit" abrückt von dem Mord, so kommt dieses Abrücken zu spät. Und die Meilen müssen erst noch gemessen werden. Auch Erzberger ist rein und unschuldig gestorben. Wohin führen diese Morde? Wirtschaftlich hat uns der Schuß auf Rathenau bereits Milliarden deutschen Volksvermögens gekostet durch das Steigen des Dollarkurses. Was denkt das Ausland von einem Staat, in dem ein Staatsmann nach dem andern weggeputzt wird? Der Franzose wird seine helle Freude an dieser Politik haben. (Abg. Maier-Heidelberg: Daher der Name Deutschnational!) Meine Fraktion billigt die Maßnahmen der Reichsregierung und wird sich dafür einsetzen, daß sie durchgeführt werden, weil dadurch allein noch in letzter Stunde der Bürgerkrieg verhindert werden kann. Das gesamte Volk wird das Seine tun müssen, daß die Mörder und ihre Organisationen entdeckt werden; der Staatsanwalt und seine Organe können das nicht allein machen. Der Redner weist darauf hin, daß das Urteil im Offenburger Prozeß der Spruch eines Volksgerichtes ist. Sehr beachtlich sind die Vorgänge an den Hochschulen. Ich bin ein Freund der freien Wissenschaften; aber sie muß nach allen Seiten frei sein! So wie bisher kann es nicht weiter gehen. Auch die Studentenschaft muß wissen, daß die heutige Verfassung die Verfassung des 11. August 1919 von Weimar ist. Wer wird das nächste Blutopfer sein? (Zuruf links: „Kein Deutschnationaler!") Ich habe aber immer noch das Vertrauen, daß es uns noch gelingen wird, das deutsche Staatsschiff über die schwierigen Klippen hinwegzubringen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Glockner (Dem.): Mit der Antwort des Herrn Ministers auf die Interpellation sind wir durchaus einverstanden. Wir wenden uns mit aller Schärfe gegen Bestrebungen von Rechts und Links, die unsere Verfassung gefährden. Mit dem vergifteten Geist muß aufgeräumt werden. Wir billigen die Maßnahmen der Reichsregierung. Was den Offenburger Prozeß anlangt, so sind wir der Ueberzeugung, daß in der Untersuchung nichts versäumt wurde, um Licht in die Angelegenheit zu bringen. Unerhört war das Vorkommnis, das sich am Samstag in Nürnberg ereignete. Als dort die Nachricht von der Ermordung Rathenaus eintraf, wurde in einem auf der Landwirtschaftlichen Ausstellung aufgestellten Bierzelt von der Musik ein Tusch gespielt und „Deutschland, Deutschland über alles" gesungen! Die Gedankenlosigkeit und Lässigkeit des Bürgertums muß ein Ende finden.

Staatspräsident Hummel nimmt Bezug auf die Bemerkung des Ministers Remmele über die am Hause des Evang. Oberkirchenrats gehißte Fahne in den schwarz-weiß-roten Farben. Ich als Protestant und weite Kreise des evangelischen Volkes sind mit dieser Demonstration nicht einverstanden. Aber, um einer Legende vorzubeugen, daß die badische Regierung gegen den evangelischen Volksteil vorgehe, muß ich feststellen, daß mit der Erwähnung des Vorfalles nur diejenige Stelle, die für das Hissen der Fahne verantwortlich ist, gerügt worden ist.

Justizminister Trunk: Auf die Behauptung des Reichstagsabgeordneten Wels, im Offenburger Prozeß habe der Staatsanwalt die Vernehmung eines wichtigen Zeugen abgelehnt, habe ich mich sofort mit dem Generalstaatsanwalt in Verbindung gesetzt, der mir erklärte, er stehe vor einem Rätsel, wie der Abg. Wels zu einer solchen Behauptung kommen könne. Es könne nichts Wahres daran sein. Wels müsse einer falschen Information zum Opfer gefallen sein. Der Untersuchungsrichter im Erzbergermord hat ebenfalls gesagt, er stände vor einem Rätsel, wie man so etwas behaupten könne. (Abg. Dr. Schofer: Da sehen Sie es, meine Herren! [nach links]). Wir haben auch ein dringendes Telegramm an den Abg. Wels gesandt und ihn darin gebeten, uns sein Material, das ihn zu seiner Behauptung brachte, mitzuteilen. Eine Antwort haben wir noch nicht erhalten.

Abg. Freidhof (U.S.P.) wandte sich in scharfen Worten gegen die Deutschnationalen und verliest eine Reihe von Zitaten aus rechtsstehenden Blättern, in denen die Regierung und die Minister angegriffen wurden. Als der Redner erklärt, die Deutschnationalen hätten den Mord auf ihre Fahnen zu schreiben, bittet ihn Präsident Wittemann, sich zu mäßigen. Einen solchen Vorwurf könne er nicht zulassen. Redner schließt mit der Bemerkung, wenn die Regierung nicht gewillt sein sollte, den Wünschen des arbeitenden Volkes Rechnung zu tragen, so werde die Arbeiterschaft sie selbst in die Tat umsetzen.

Inzwischen ist ein Antrag eingegangen: Der Landtag vertraut darauf, daß die Regierung im Verein mit der Reichsregierung alles tut zum Schutze der Republik, der Verfassung und der Aufrechterhaltung der staatlichen Ordnung. — Der Antrag ist unterzeichnet von den Fraktionschefs der Sozialdemokraten, des Zentrums und der Demokraten.

Justizminister Trunk: Der Abg. Freidhof hat eben gesagt, Oberstaatsanwalt Link sei nach dem Offenburger Prozeß zur Verabschiedung Killingers am Bahnhof in Offenburg erschienen. Ich erkläre: Das ist nicht wahr! Der Oberstaatsanwalt Link ist in Begleitung des Generalstaatsanwalts nach Karlsruhe gefahren zu einer von mir einberufenen Konferenz im Justizministerium. Zur Verhaftung der Erzbergermörder sollte das ganze Volk mitwirken.

Abg. Weber (D. Vp.) erklärte, es gehe nicht an, irgend eine bestimmte Partei für das Attentat verantwortlich zu machen. Die Tat ist aus einer ganz bestimmten Atmosphäre hervorgegangen. Ich möchte den Mahnruf an das Volk richten, wieder dahin zu kommen, wo wir stehen sollten, nämlich auf dem Boden des Zusammenstehens. Betonen muß ich, daß die für die nächste Zeit in Baden geplanten Versammlungen der Regierung kein Anlaß zum Eingreifen gegeben hätten. Den Vorwurf gegen die Großindustrie, sie unterstütze finanziell die deutsch-völkische Bewegung, muß zurückgewiesen werden, solange dafür keine Beweise vorgebracht werden. Die Verordnung des Reichspräsidenten erscheint auch uns unter den gegenwärtigen Verhältnissen notwendig, damit vor allem den Geheimorganisationen ein Ende bereitet wird. Die verallgemeinernden Vorwürfe gegen den deutschen Richterstand müssen ebenfalls zurückgewiesen werden. Eine Säuberungsaktion in der Beamtenschaft wird der Minister des Innern wohl nicht nötig haben. (Zuruf des Abg. Kullmann (Soz.): Sie dürfen aber nicht Geheimorganisationen angehören.)

Abg. Klaiber (Landbund) verliest eine Erklärung, in der der politische Mord verurteilt wird.

Abg. Schmidt-Bretten (D.N.) wendet sich gegen den Vorwurf, daß die deutschnationale Partei schuld an dem Morde Rathenaus sei. Es sei zu bestreiten, daß ein politischer Mord vorvorliege. (Oho-Rufe!) Niemand hat einen Beweis dafür. Es kann sich auch um Ausländer handeln. (Oho-Rufe! — Zuruf: Die Mörder sind jetzt im Ausland!) Wir lehnen den politischen Mord ab. Wenn wir das erklären, so muß man uns auch Glauben schenken. Der eben verlesene Antrag enthält eine Spitze gegen uns, weil er die Verordnung des Reichspräsidenten unterstützt, die sich lediglich gegen Rechts wendet. Die Staatsregierung werden wir unterstützen, soweit es in unseren Kräften steht.

Abg. D. Mayer (D.N.) erhält. da die Rednerliste geschlossen ist, das Schlußwort. Redner weist nochmals den Vorwurf, die Deutschnationalen seien an dem Mord Rathenaus schuld, zurück. Auch die Deutschnationale Partei sei zu einer Zusammenarbeit bereit. Die Erwähnung der Flaggenhissung am evang. Oberkirchenrat und war wohl ein Versuch, zwischen den evang. Oberkirchenrat und den evang. Volksteil einen Keil zu treiben. Ich warne davor. Ich weiß, daß solche Versuche unternommen werden. Wenn man von politischen Morden spricht, so vergißt man in diesen Tagen ganz an Sowjetrußland zu denken, wo sich die Führer der Regierung rühmen, zwei Millionen Menschen, die ihnen unangenehm waren, ums Leben gebracht zu haben. Die auf Mittwoch anberaumten Versammlungen sollten der Stärkung des Nationalgefühls dienen.

Abg. Dr. Schofer (Ztr.) begründet den Antrag. Wenn wir überall solche Deutschnationale hätten, wie diejenigen, die im Landtag sitzen, dann hätten wir eine andere Atmosphäre. Zu bedauern ist aber, daß die Deutschnationalen von der Süddeutschen Zeitung nicht abrücken.

Bei der Abstimmung wird der Antrag der Koalitionsparteien mit den Stimmen der Sozialdemokraten, des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen (liberalen) Volkspartei angenommen. Der Stimme enthalten sich die Deutschnationalen, die Kommunisten und die Unabhängigen.

Hierauf wird die Sitzung um 9 Uhr abends geschlossen.

Nächste Sitzung Mittwoch vorm. ½9 Uhr. Tagesordnung: Interpellationen.

Verschiedene Drahtmeldungen

Der Arbeitsplan des Reichstages.

t. **Berlin**, 27. Juni. Der Aeltestenrat des Reichstags hat gestern nachmittag beschlossen, daß in dieser Woche noch am Mittwoch, Freitag und Samstag Plenarsitzungen stattfinden sollen, während der Donnerstag als katholischer Feiertag sitzungsfrei bleibt. Das Gesetz zum Schutz der Republik und das Amnestiegesetz sollen noch erledigt werden, dann wird eine kurze etwa achttägige Pause eintreten, nach der die drei Steuergesetze, Zwangsanleihe, Aenderung des Einkommensteuergesetzes und Erbschaftssteuergesetz zur Beratung kommen werden.

Die deutschen Gefangenen in Oberschlesien.

Paris, 27. Juni. Das „Echo de Paris" berichtet, daß die französische Regierung mit aller Energie darauf hinarbeiten wolle, die deutschen Gefangenen aus Oberschlesien beim Rückzug der französischen Truppen auf das linke Rheinufer zu verbringen, wie dies vor einiger Zeit angekündigt worden sei. Die deutsche Regierung habe darauf geantwortet, so heißt es weiter, daß sie sich mit dieser Maßnahme nur nach vorheriger Reichstagszustimmung einverstanden erklären könne. Die französische Regierung soll sich entschlossen haben, bis zum Einverständnis der deutschen Regierung die deutschen Gefangenen nicht in Oberschlesien zu belassen, sondern auf polnisches Gebiet zu überführen, unter der Voraussetzung, daß Deutschland bis zum 29. Juni, dem Tage des Umzugs der alliierten Truppen, seine Zustimmung abgibt.

Schwerer Eisenbahnunfall.

Berlin, 27. Juni. (Drahtber.) Zwischen den Bahnstationen Schönhauser Allee und Gesundbrunnen ereignete sich bei dem Begegnen zweier Ringzüge ein schwerer Eisenbahnunfall. Die Fahrgäste standen infolge der Betriebseinstellung der Straßen- und Hochbahnen dichtgedrängt auf den Trittbrettern. Einer der auf dem Trittbrett stehenden Männer hatte zusammengebundene Holzstäbe bei sich, die weit über das Trittbrett hinausreichten und beim Vorbeifahren des Gegenzuges eine ganze Anzahl von Personen von den Trittbrettern der andern Wagen herunterriß. Es gab 26 Tote, 30 Schwerverletzte und eine Anzahl Leichtverletzte.

Der Verkehrsstreik in Wien.

t. **Wien**, 27. Juni. Der Verkehrsstreik ist gestern bedingungslos abgebrochen worden. Die neue Regierung hat damit ihren ersten großen Sieg erfochten, der nur dadurch etwas getrübt ist, daß dem Streikbeschluß der Straßenbahner Folge geleistet wurde. Heute morgen ist aus den Depots keine Elektrische ausgefahren. Man hofft jedoch, daß die Straßenbahner bereits morgen der Parole der großen Verkehrsverbände folgen und die Arbeit aufnehmen werden.

Gegen Fußschweiß und Wundlaufen Kukirol-Fußbad
Drogerie Roth, Herrenstraße 26.
Drogerie Tscherning, Amalienstr. 19.

Schule und Kirche

Bezirkssynode Baden-Baden.

H. **Baden-Baden**, 25. Juni. Die diesjährige Bezirkssynode Baden-Baden wurde in der hiesigen evangelischen Kirche abgehalten und mit einem Gottesdienst mit Predigt des Stadtpfarrers D. Hesselbacher eingeleitet. Hierauf begrüßte Dekan Speyerer-Rastatt als Vorsitzender die Mitglieder der Synode, die sodann als Schriftführer Pfarrer Hack-Bühl und Stadtvikar Dürr-Gernsbach bestimmte. Pfarrer Spitzer-Achern gab ein ausführliches Referat über den Religionsunterricht in der Fortbildungsschule. In der sich anschließenden Diskussion, an der sich Dekan Speyerer, Stadtpfarrer Hesselbacher, Pfarrer Höfer-Gaggenau, Pfarrer Hack, Stadtvikar Ippach-Baden-Baden und Redakteur Steinhauer-Baden-Baden beteiligten, kam die Ansicht zum Ausdruck, daß die vom Oberkirchenrat für den Unterricht in der Fortbildungsschule beschlossenen Richtlinien sich nur schwer in die Praxis umsetzen lassen und abgeändert werden sollten. Eine in diesem Sinne gehaltene Resolution fand einstimmige Annahme. Ueber den Wert und die Bedeutung der Evangelisation in den Gemeinden referierte Pfarrer Höfer-Gaggenau. Nach einer längeren Aussprache wurde eine Resolution des Inhalts angenommen, die Kirche möge der Evangelisation im Interesse der Gemeinden jede Förderung angedeihen lassen. Dekan Speyerer machte verschiedene Mitteilungen über die Beschlüsse der letzten Synode und gab zugleich einen ausführlichen Kirchenbezirksbericht, aus dem ein hoffnungsfroher und zuversichtlicher Geist sprach. Der Bezirkskassenbericht, erstattet von Herrn Fleischer-Steinbach, wurde genehmigt, ebenso der von Pfarrer Hack-Bühl zur Kenntnis gebrachte Voranschlag für 1922/23. Zum Dekan-Stellvertreter wurde Pfarrer Hack, zum Bezirkskirchenrat-Stellvertreter Oberforstmeister Helbing-Baden-Baden gewählt. Nachdem noch Vertreter verschiedener kirchlicher Vereine über deren Tätigkeit Bericht erstattet hatten, konnte die Synode von Dekan Speyerer geschlossen werden.

Sport-Spiel

Deutsche Kampfspiele in Berlin.

Die Spiele der Deutschen Turnerschaft im Schlagball, Faustball, Trommelball, Schleuderball und Barlauf hatten folgende Ergebnisse: Schlagball: Oberschles. Spiel- und Laufverband gegen Verein für Körperübungen Königsberg 73 : 61; Berliner Städtemannschaft gegen Kaufm. T.V. Tondern 48 : 41; St. Bonifacius Köln gegen Evang. Jungmännerverein Gütersloh 63 : 51; Preuß. Hochschule für Leibesübungen gegen M.T.V. Köln 93 : 53; Kaufm. T.V. Tondern gegen St. Bonifacius Köln 60 : 44; T.V. Saarbrücken gegen Oberschles. Spiel- und Eislaufverband 87 : 78; Berl. Städtemannschaft gegen M.T.V. 79 München 74 : 59; Hultschiner Lengen gegen St. Bonifacius Köln 97 : 59. — Faustball der Männer: Berliner Turnerschaft gegen Oberschles. Spiel- und Eislaufverband 62 : 37; Verein Licht- und Luftbad Frankfurt a. M. gegen Gütersloh 49 : 18; Berliner Turnerschaft gegen Deutsche Jugendkraft Abt. Charlottenburg 43 : 32; Turnklub Hannover gegen T.V. Pankow 35 : 31. Frauen: Hamburger Turnerschaft gegen Damen T.V. Brühl-Berlin 52 : 47. — Trommelball: Frauen: Oberschles. Spiel- und Eislaufverband West gegen Ost 140 : 134. — Barlauf: Turngem. in Berlin gegen V. f. L. 58 50 : 43. — Schleuderball: Oldenburger Turnerbund gegen Allg. T.V. Rodenkirchen 7 : 6.

Die Turnerischen Mehrkämpfe bei den deutschen Kampfspielen, die wegen der riesigen Beteiligungsziffern geraume Zeit zur Erledigung gebrauchten, zeitigten in allen Wettbewerben ausgezeichnete Leistungen. Im einzelnen gab es folgende Sieger: Vierkampf der Männer: Reck: J. H. Felsing (Dortmund) und M. Gebhardt (Frankfurt a. M.) je 76 Punkte. — Barren: 1. Ehrhardt (Berl. Turngenossenschaft) 78 P. — Pferd: 1. Schaffert (Pilsen) 75 P.; Neunkampf der Frauen: 1. Marg. Furchheim (Jahn-Neukölln) 171 P. — Zwölfkampf der Männer: 1. Kobe (T.V. Vorwärts, Breslau) 233 P. — Vierkämpfe der Frauen: Reck: 1. Marie Opitz (Bremen) 79 Punkte. — Barren: Osenbrunner (München), Meiser (M.T.V. München) und Bickenbach (Köln) je 75 Punkte. — Pferd: 1. Sölkner (A.D.-T.V. Gratz) 76 Punkte.

Die Erfolge badischer Turner. Sieger im Zwölfkampf: Schmidt, Turnverein 1846 Karlsruhe 181 Punkte, Sinvell, Tv. Hornberg 176, Endres, Tv. 1846 Mannheim 175; im Fünfkampf: Riesen, Turnerschaft Freiburg 107 Punkte, Landhäuser, Tv. 1846 Karlsruhe 105, Metz, Tv. 1846 Mannheim 104, Geisthardt, Tv. 1846 Karlsruhe 98, Wegmann, Tv. Heidelberg 94 und weitere 10 Fünfkampfsieger.

Reichsjugendwettkämpfe.

Bestimmungen für Mädchen. (Schulen und Vereine.)

Altersklasse 1908—09.

Dreikampf. 1. 50-Meter-Lauf; 2. Hochsprung; 3. Schlagballweitwurf. Wertung: 1. 50-Meter-Lauf: 10⅗ Sek. = 0 Punkte; je ⅕ Sek. weniger = 2 Punkte. 8⅖ Sek. = 20 Punkte. — 2. Hochsprung: 50 Zentimtr. = 0 Punkte; je 5 Zentimtr. mehr = 2 Punkte, 100 Zentimeter = 20 Punkte. — 3. Wurf: 15 Meter = 0 Punkte, je 1 Meter mehr = 1 Punkt, 35 Meter = 20 Punkte. Siegerin ist, wer mindestens 40 Punkte erzielt.

Altersklasse 1906—07.

Vierkampf: 1. 50-Meter-Lauf; 2. Hochsprung; 3. Barren; 4. Ringe. Wertung: Lauf: 10 Sek. = 0 P., je ⅕ Sek. weniger = 2 P., 8 Sek. = 20 P. — Sprung: 55 Zentimtr. = 0 P., je 5 Zentimtr. mehr = 2 P., 105 Zentimtr. = 20 P. — Barren (Höhe 110 Zentimtr.): Innenquerstand: Vorschwung in Außenquersitz vor der lk. Hand; ¼ Drehung rs. in Seitliegestütz mit hohem Spreizen ls.; langsames Armbeugen und -strecken; ¼ Drehung rs. in Außenquersitz vor der r. Hand mit hohem Spreizen rs.; langsames Seitheben und Beugen der Arme zur Nackenhalte (in 4 Zeiten); dieselbe Rückbewegung; Niedersprung nach vorn mit einer Vierteldrehung ls. (dabei greift die rechte Hand vor das lk. Knie). — Ringe (bequem und reichlich): Sprung in Beugehang (4 Zeiten verharren); Niedersprung, Rücktreten zum Schaukeln; Vor-Rück-Vorschaukeln, ½ Drehung ls. am Ende des Schwunges ½ Drehung rs., dasselbe widergleich und Weglaufen nach vorn mit Seitheben der Arme. Siegerin ist, wer mindestens 53 Punkte erzielt.

Altersklasse 1904—05.

Vierkampf: 1. 75-Meter-Lauf; 2. Hochsprung; 3. Barren; 4. Ringe. Wertung. Lauf: 15 Sek. = 0 P., je ⅕ Sek. weniger = 2 P., 11 Sek. = 20 P. — Sprung: 60 Zentimtr. = 0 P., je 5 Zentimtr. mehr = 2 P., 110 Zentimtr. = 20 P. — Barren (Innenquerstand): Vor-Rück-Vorschwung im Streckstütz in Außenquersitz vor der lk. Hand; ¼ Drehung rs. in Seitliegestütz mit hohem Spreizen ls.; langsames Armbeugen und -strecken mit Rückspreizen ls.; Einspreizen rs. und durch die Holmengasse in Außenquersitz vor der lk. Hand; Ein-Rück- und Vorschwung zur Kehre rs. — Ringe (reichhoch): Sprung in ruhigen Beugehang und in diesem dreimal Vor- und Rückschaukeln, Niedersprung und sofort Aufschwung in den Nesthang (Füße in den Ringen); Rückbewegung; Niedersprung und Zurücktreten zum Schaukeln; Vor-Rück-Vorschaukeln, ganze Drehung ls. am Ende des Schwunges eine ganze Drehung rs., dasselbe widergleich und Weglaufen nach vorn mit Seitheben der Arme. Siegerin ist, wer mindestens 53 Punkte erzielt.

(Das Zeichen : bedeutet immer eine kurze Pause.)

In den Bestimmungen der Reichsjugendwettkämpfe für die männliche Jugend ist ein Irrtum unterlaufen. Die turnerischen Geräteübungen werden (wie auch bei den Mädchen) von zwei Kampfrichtern gewertet. Die höchste Punktzahl ist 10 Punkte. Die notierte Punktzahl beider Kampfrichter wird addiert und ergibt demnach bei guter Ausführung 2mal 10 Punkte = 20 Punkte. Infolgedessen berechtigen für die Altersklassen 1904—07 (männlich) nicht 60 Punkte, sondern 80 Punkte zum Sieg. Für die Altersklasse 1908—09 sind 40 Punkte zu erzielen.

Stimmen aus dem Publikum

Nochmals: Hundefahrten auf der Straßenbahn.

In Nummer 168 des „Karlsruher Tagblatts" stand unter „Stimmen aus dem Publikum" ein Artikel über das Problem: „Hundefahrten auf der Straßenbahn". Besagter Artikel hat mir, wie so vielen, so recht aus der Seele gesprochen. Obwohl ich selbst keine Hunde besitze, wäre ich doch, und mit mir alle edel Denkenden, an einer günstigen Lösung der Frage nicht uninteressiert. Denn welchem Tierfreund gibt es nicht einen Stich ins Herz, wenn er sehen muß, daß Hunde, denen man Schwierigkeiten bereitet hat, im Wagen mitzufahren, atemlos nebenher laufen müssen. Eine Aenderung in dieser Beziehung dürfte schon aus Gründen der Humanität geboten sein. G.

Zur Milchversorgung.

Das Städt. Milchamt hier bezieht zurzeit Magermilch in größeren Mengen aus dem Radolfwerk. So begrüßenswert es einerseits erscheinen mag, wenn man seitens des Milchamtes bestrebt ist, der hiesigen Bevölkerung etwas zu bieten, muß doch im öffentlichen Interesse und aus Gründen des Volkswohls die Frage aufgeworfen werden, warum entrahmt man im Radolfwerk süße Vollmilch in solch großen Mengen und bietet sie alsdann als Magermilch der hiesigen Bevölkerung an. Die Bevölkerung verzichtet gerne auf Magermilch, wenn sie Vollmilch erhalten kann und dazu wäre sehr wohl die Möglichkeit gegeben, wenn man die Milch nicht entrahmen würde, sondern als Vollmilch hierher schicken. Den Bahntransport hält Vollmilch besser aus als Magermilch und die Frachtkosten sind dieselben. Es wäre der hiesigen Bevölkerung weit mehr gedient, wenn diese Milchmengen als Vollmilch ausgegeben würden, denn mit Magermilch kann die Hausfrau nicht viel anfangen, während Vollmilch vielseitig Verwendung findet. Das allgemeine Interesse erfordert dringend, daß, so lange die Bevölkerung nicht hinreichend mit Milch versorgt ist, eine Verbutterung in solchem Umfange nicht geschehen darf. Die Versorgung der Bevölkerung mit Frischmilch ist weit wichtiger als die Butterproduktion, weshalb von maßgebender Stelle verlangt werden muß, daß hier Remedur geschaffen wird, denn hier muß geschäftliches Interesse dem der Allgemeinheit gegenüber sich unterordnen.

Wirtschafts- und Handels-Zeitung

Devisenkurse.

w. **Zürich**, 27. Juni.

Holland 202½, Deutschland 1.52¾, Wien 0.02¾, Prag 10.12½, Paris 44.35, London 23.30, Italien 25.15, Brüssel 42.05, Budapest 0.53½, Neuyork 527.¾, Agram 1.69, Warschau 0.11¾, Kopenhagen 112.10, Stockholm 134.90, Kristiania 85, Madrid 83¾, Buenos-Aires 186½.

Devisenkurse im Freiverkehr.

Mitgeteilt durch das Bankhaus Straus & Co., Karlsruhe.

Holland 132—135, Schweiz 65—66½, Paris 2880 bis 2930, Belgien 2750—2800, London 1515—1535, Neuyork 344—350, Italien 1600—1650. Tendenz: abwartend.

Börse — Handel — Industrie — Gewerbe

Industrien.

Ueber die Lage der Maschinenindustrie wird mitgeteilt, daß die Nachfrage nach landwirtschaftlichen Maschinen, die vor kurzem noch sehr stark war, eine wesentliche Abschwächung erfahren hat. Der Auslandsabsatz hat nachgelassen. Aehnlich ist es in der Werkzeugmaschinenindustrie, sowie in den Näh- und Schreibmaschinenfabriken.

Carmenwerk A.-G.-Schreibmaschinenfabrik in Stuttgart. Das erste Geschäftsjahr schließt mit einem Verlust ab, der sich abzüglich der Erträgnisse auf 344 638 Mk. beläuft. Der Hauptversammlung wird vorgeschlagen, diesen Verlust vorzutragen. Das laufende Geschäftsjahr hat nach dem Vorstandsbericht eine sehr starke Nachfrage nach Schreibmaschinen gebracht.

Märkte.

Viehmarkt in Mannheim. Amtl. Bericht vom 26. Juni. Es wurde bezahlt für 50 Kilo Lebendgewicht:

Ochsen, vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes, die noch nicht gezogen (ungejocht) 3100—3250 Mk.; vollfleischige, ausgemästete im Alter von 4—7 Jahren 3050—3100 Mk.; junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere ausgemästete 2500—2650 Mk.; mäßig genährte, junge und gut genährte ältere 1900—2150 Mk.

Bullen, vollfleischige, ausgemästete, Färsen höchsten Schlachtwertes 2600—2700 Mk.; vollfleischige, jüngere 2500—2600 Mk.; mäßig genährte junge und gut genährte ältere 2000—2400 Mk.

Kühe und Färsen, vollfleischige, ausgemästete Färsen höchsten Schlachtwertes 3050—3150 Mk.; vollfleischige, ausgemästete Kühe höchsten Schlachtwertes bis zu 7 Jahren 2900—3000 Mk.; ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 2700—2800 Mk.; mäßig ernährte Kühe und Färsen 2300—2500 Mk.; gering ernährte Kühe und Färsen 1350—1800 Mk.;

Kälber, feinste Mastkälber 3300—3450 Mk.; mittlere Mast- und beste Saugkälber 3200—3300 Mk.; geringere Mast- und gute Saugkälber 3100—3250 Mk.; geringere Saugkälber 2700—2900 Mk.;

Schafe, Mastlämmer und jüngere Masthammel 2000—2200 Mk.; ältere Masthammel, geringere Mastlämmer und gut genährte Schafe (junge) 1900 bis 2100 Mk.; mäßig genährte Hammel und Schafe (Merzschafe) 1800—1900 Mk. Mastlämmer 1600 bis 1800 Mk.; geringere Lämmer und Schafe 1500 bis 1700 Mk.

Schweine, Fettschweine über 150 Kilo Lebendgewicht 5300—5400 Mk.; vollfleischige Schweine von 120—150 Kilo Lebendgewicht 5200—5300 Mk.; vollfleischige Schweine von 100—120 Kilo Lebendgewicht 5100—5200 Mk.; vollfleischige Schweine von 80—100 Kilo Lebendgewicht 5000—5100 Mk.; vollfleischige Schweine unter 80 Kilo Lebendgewicht 4900—5000 Mk.; Sauen 4800—5000 Mk.

Zufuhr 2182 Stück. Ochsen 108, Bullen 189, Kühe und Färsen 589, Kälber 293, Schafe 125, Schweine 878 Stück.

Marktverlauf mit Großvieh mittelmäßig, kleiner Ueberstand, mit Kälber und Schafen lebhaft, ausverkauft, mit Schweinen mittelmäßig.

Zum Bericht des Mannheimer Viehmarktes vom 26. Juni 1922.

Die in dem heutigen Bericht angegebenen Preise sind Marktpreise für nüchtern gewogene Tiere und schließen sämtliche Spesen, den Handel ab Stall, für Fracht, Verkaufskosten, Umsatzsteuer, sowie natürlichen Verlust während des Transports ein, die Preise müssen sich also wesentlich über den Stallpreisen bewegen.

Preiserhöhung für Bleistifte. Der Verband der Bleistiftfabrikanten hat den seit 5. Mai bestehenden Aufschlag für Deutschland von 170% auf 250% gleichbedeutend mit einer Steigerung von 30% erhöht mit Wirkung für alle noch nicht erledigten Aufträge.

Unnotierte Werte:

Wir waren vorbörslich	Käufer	Verkäufer
Becker Stahl	400	410
Benz	435	450
Brown Boveri junge	280	300
Deutsche Lastauto	220	—
Deutsche Petroleum	2000	2080
Gebr. Fahr	480	500
Greffenius	900	—
Hansa Lloyd	225	—
Karstadt-Aktien	240	250
Knorr	—	—
Krügershall	650	690
Offenburger Spinnerei	1200	—
Rastatter Waggon	520	540
Rodi & Wienenberger	500	—
Scheidemandel	1380	1430
Teichgräber	310	—
Ufa	200	215
Wolf, Buckau	640	—
5% neue Linke-Hofmann-Waggon-Oblig., rückzahlbar zu 103	—	98½
5% Badenwerk	—	100¼
5% Mannheimer Großkraftwerke	—	101½
5% A.E.G. Vorzugs-Aktien	—	134
5—7% Rhein-Main-Donau-Vorzugs-Aktien	—	105
6% Zellstoff Waldhof-Vorzugs-Aktien	116	120
5—10% Osram-Obligationen — von A.E.G. u. Siemens & Halske garantiert —	—	130½

In sonstigen unnotierten Werten sind wir stets kulant Käufer und Verkäufer und erbitten Anfrage.

Baer & Elend
Bankgeschäft, KARLSRUHE, Karlfriedrichstr. 26.
Telephon 223 und 235.

Hausbesitzer,
welche beabsichtigen, ihr Anwesen gegen Ungeziefer zu versichern, tun gut, wenn sie vor Vertragsabschluß die Leistungsfähigkeit des Unternehmens prüfen. Als hervorragende Spezial-Firma empfiehlt sich die
Deutsche Versicherung gegen Ungeziefer
Anton Springer,
nur Ettlingerstraße 51, Telephon 2340.
Aelteste, größte und leistungsfähigste Anstalt am Platze. — Eigene Fabrik mit einer Tagesleistung von 4500 kg. — **Für eine Vergasungsleistung bis zu 80 000 cbm, welche in einem Tag durchgeführt werden kann, nachweisbar eingerichtet,** worauf ich besonders die Herren **Großmühlenbesitzer, Lagergesellschaften, Besitzer von Nahrungsmittelfabriken** und sonstige **Großindustrielle** aufmerksam mache. — Durch meine Anstalt wurden nachweisbar schon über 20 000 Räume mit über 1 200 000 cbm gegen Ungeziefer behandelt. Einzig technisch vollendete Entmottungsanlage für Polstermöbel etc. — Streng reelle, gewissenhafte und diskrete Bedienung.

Miet-Gesuche

Jg., sol. Herr sucht auf 1. Juli möbl. Zimmer, Weststadt. Ang. u. Nr. 884 ins Tagblattbüro.

Zu mieten gesucht bess.
möbl. Zimmer
(sep. Eingang) mit Chaiselongue, mögl. Zentrum oder Südstadt, gegen sehr gute Bezahlung von auswärtigem Fabrikanten. Das Zimmer wird nur über die Sonntage benützt. Angebote unter Nr. 882 ins Tagblattb.

Suche 1–2 **leere Zimmer**, auch Mansard. hier oder Vorort. Ang. unt. Nr. 880 ins Tagblattbüro erbet.

Suche **1–2 Zimmer** für ruhiges **Büro** im Zentrum gegen gute Bezahlung. Angebote unt. Nr. 886 ins Tagblattb.

Offene Stellen

Tüchtiges
Mädchen
in kleinen, bess. Haushalt auf 1. oder 15. Juli gesucht. Hoher Lohn und gute Verpflegung. Waschfrau vorhanden.
Bürklinstraße 10, II.

Bürogehilfin in fester Stellung sucht per sofort oder später
gut möbliertes Zimmer
zu mieten. Angebote unt. Nr. 868 i. Tagblattbüro.

Kontoristin u. Stenographistin
gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften unter Nr. 885 ins Tagblattbüro erbeten.

Volontär
jüngeren Alters mit höherer Schul- oder guter Allgemeinbildung und entwicklungsfähigen Kenntnissen in Stenographie und Schreibmaschinenschreiben ist Gelegenheit gegeben, sich im **Redakteurberuf** auszubilden. Bezahlung nach Volontärtarif. Weitere Verdienstmöglichkeiten sind je nach den Fähigkeiten gegeben. Angebote mit selbstgeschriebenem Lebenslauf unter Nr. 853 ins Tagblattbüro erbeten.

Perfekte
Stenotypistin
sofort, spätestens auf 1. August gesucht. Angebote unter Nr. 887 ins Tagblattbüro erbeten.

1 Köchin, 1 Zimmermädchen
sofort für hiesiges Hotel **bei hohem Lohn ges. Löwe,** Kaiserstr. 231 III.

Gewandte, tüchtige
Büglerinnen
zu sofortigem Eintritt sucht Dampfwaschanstalt
C. Bardusch
Ettlingen.

Kapitalien

Tätige Beteiligung
an gediegen., rentablem Unternehmen (evt. Kauf) sucht tüchtiger,
kapitalkräft. Kaufmann.
Gefl. Angebote unt. Nr. 888 ins Tagblattbüro erb.

Verkäufe

Obst- und Gemüsegarten
(Bauplatz) in der Weststadt krankheitshalber zu **verkaufen.** Adresse im Tagblattbüro zu erfrag.

Pianos
Flügel, Harmonium in guter Auswahl, auch bill. gebr. Instrumente
Pianomagazin
Th. Kaefer,
Erbprinzenstr. 24.

Herde,
auch auf Teilzahlung, zu verk. **Vögele,** Grenzst. 10.

Email-Herde
Lackierte Herde
Garantie für Brennen und Backen, kleine Herde für Notwohnung., Gasherde, Waschkessel mit Feuerung billigst, **Teilzahlung** gestattet. Reparaturen, Ersatzteile etc., Herdschiffe.
Gartenstraße 10,
Hof, Nähe Ortskrankenk.
Ph. Kranz.

Gut erh. **Damenrad** zu verkaufen. Rüppurrerstraße 27 II. links. Händler verbeten.

Wegen Platzmangel gut erh. **blauer Kastenliegwagen** preisw. abzugeben. Zu erfrag. bei **Ruf,** Kaiserstraße 23.

5 junge Wolfshunde
bill. abzug. B.-Neureuth, Hauptstraße 102.

Gut erhalt. **Sommermantel** sow. **Wollmousselinekleid** für Mädchen von 4—6 Jahren zu verk.: Marienstraße 87 II.

Kaufgesuche

Haus,
hier oder in Vorort von Karlsruhe m. gr. Garten, von Selbstkäufer zu kauf. gesucht. Vermittler verbeten. Angeb. mit Preis unt. Nr. 871 ins Tagblb.

Häuser
sucht i. Auftrag z. kaufen **Mittelbad. Handelsgesellschaft** Karlstr. 31. Tel. 3288.

Piano
oder kl. Flügel v. Privat zu kaufen gesucht. Ang. mit Preis unter Nr. 872 ins Tagblattbüro erbet.

Photo-Apparat s. kauf. gesucht Angebote unter Nr. 787 ins Tagblattbüro erbet.

Gebr. **Damenrad** von Priv. zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 881 ins Tagblattbüro erbet.

Schreiner-Werkzeug
nebst Hobelbänken zu **kaufen gesucht.**
Möbelhaus
Brüder W. & H. Bär
Kaiserstraße 115.

Firmenschild
ca. 5 m lang, 50—60 cm hoch aus Holz zu kauf. gesucht. Angeb m. Preisang. u. Maße unt. Nr. 883 ins Tagblattbüro erbeten.

Waffen
aller Art kauft
A. Böttcher, Adlerstr. 40.

Briefmarken
auch Uebersee u. Sammlung, suche zu kaufen. Näh. im Tagblattbüro.

Bester Zahler
für getrag. Kleider, Schuhe Weißzeug, Alt Eisen, Metall, Lumpen, Papier, Pfandscheine, Keller- u. Speicherkram, Sekt- und Weinflaschen.
J. Brief, Fasanenstraße 35.

Probieren geht über **studieren**
Kaufe und verkaufe **getrag. Kleider, Schuhe, Wäsche, Nähmaschinen Pfandscheine, Möbel,** aller Art Gegenstände **Psisucha,** Zähringerstraße 30. Postk. genügt. Bitte auf Hausnummer zu achten.

Komme pünktlich!
Zahle die höchsten Preise für getr. **Herrenkleider, Schuhe, Wäsche, Uniformen, Pfandscheine.**
A. Okuniewski,
Brunnenstraße 4.

Eilen Sie
bevor es zu spät ist, bei günstiger Zeit uns zu
höchsten Preisen
Ihre **alten Lumpen, Eisen, Metalle, Papier usw.** zu verkaufen.
Kleiner & Stechler
Rüppurrerstraße 92
Telephon 4146.

Frau A. St. in R. empfiehlt als bewährtes Mittel gegen
Sommersprossen
Obermeyer's Medizinal-Herba-Seife
aufs Wärmste. Zur Nachbehandlung ist Herba-Creme besond. zu empf. Zu haben in allen Apoth. Drogerien und Parfümerien

Platin-, Gold- u. Silber-
Gegenstände kauft und zahlt den höchsten Tagespreis
Rudolf Barth, Uhren u. Goldwaren
53 Kaiserstraße 53
gegenüber dem Eingang der Techn. Hochschule

Gold-, Silber- u. Platingegenst., Gebisse, Brennstifte, Uhren
kauft fortwährend und zahlt höchsten Preis
L. Theilacker, Hebelstraße 23
Uhrmacher — gegenüber dem Kaffee Bauer.

Alteisen, Altpapier
sowie Flaschen aller Art und sämtliche
Altmetalle
kauft zu höchstem Tagespreis
D. Turner, Sofienstr. 65
Tel. 5426 u. 4316

Möbel, Kleider etc.!!
Versteigerung
Kommissionsverkf. erl.
Ackermann, Auktionat. Karlstr. 37. Tel. 5516.

Ausgekämmte Frauenhaare kauft zu konkurrenzlos hohen Preisen
Oskar Decker, Haarhandlung, Kaiserstr. 32.

Frankreich und die Reparationsfrage.

(Von unserem Pariser Korrespondenten.)

Dr. A.-P. Rein theoretisch genommen liegen die Dinge jetzt so: Nachdem die Bankierkonferenz die Unmöglichkeit einer Anleihe an das mit Reparationshypotheken überlastete Deutschland in mustergültig klaren Darlegungen nachgewiesen hat; nachdem Frankreich selbst eingestehen mußte, daß nur an seinem Widerstand, die Revision der Reparationsforderungen zur Voraussetzung jeder Kreditoperation zu machen, die Möglichkeit der europäischen Wiedergesundung abermals in nebelhafte Fernen gerückt erscheint, daß infolgedessen die Welt anfängt, aus dem Phrasen- und Schlagwortewust, der die eigentliche Stärke der französischen Politik bildet, sich zu befreien und den wahren Schuldigen da zu sehen, wo er sich in Wirklichkeit befindet: da begab sich Poincaré, von der geheimen Angst des Volkes mehr noch als durch eigenen Antrieb veranlaßt, auf die Reise zu Lloyd George, um einmal objektiv festzustellen, wie weit eigentlich die Welt draußen von Frankreich abgerückt sei. Wir wissen aus mancherlei Indiskretionen, aus manchen zu früh verratenen Wünschen, daß er diesen und jenen „Verständigungs"vorschlag in seiner Aktentasche mit nach London nahm, wovon der kühnste und die poincaristische Mentalität bezeichnendste der war, England im Osten gegen Aufgabe seines Widerstandes gegen die französischen Pläne am Rhein zu stützen. Erreicht ist — das muß gegenüber den optimistischen Berichten der französischen Presse ausdrücklich festgestellt werden — so gut wie gar nichts. England betrachtet sich als in seinen letzten Stellungen befindlich, die es ohne schwerste Erschütterung seines eigenen Reiches und des europäischen Kontinents nicht aufgeben kann. Poincaré seinerseits gibt sich allerdings ebensowenig geschlagen: er machte einige belanglose Versprechungen und vertröstete im übrigen auf weitere Konferenzen...

Unterdessen drängen Millionen von Franzosen auf eine praktische Lösung des Reparationsproblems. Ich kehre eben von einer kleinen Reise zurück, die mich in einige der in der ehemaligen Kampfzone liegende Städte führte. Ich sprach mit Arbeitern und kleinen Geschäftsleuten, mit Bauern und Beamten, mit Händlern und Taglöhnern. Dann hörte ich einen Vortrag des Abgeordneten des Departements Oise, der mir in bewunderungswürdiger Zusammenfassung meine eigenen Eindrücke und das Ergebnis meiner Erkundigungen bestätigte. Ich führe nach stenographischen Notizen folgende Aeußerungen des genannten Deputierten an:

„Poincaré, der Gefangene des nationalen Blocks, ist wieder in Paris. Sie werden ihn wieder in den nächsten Tagen sprechen hören. Was wird er euch sagen? Wahrscheinlich tönende Phrasen, leere Worte, mit denen man euch schon zwei Jahre lang füttert.

Die Deutschen haben uns angeboten, unsere Häuser wieder aufzurichten. Ein Wink von uns und sie wären gekommen, mit ihrem technisch hochgebildeten Personal, mit ihren ausgezeichneten Ingenieuren, ihren unermüdlichen Arbeitern. Sie hätten Materialien mitgebracht, an denen ihr industriell hochentwickeltes Land so reich ist. Unsere Dörfer, unsere Städte wären wiedererstanden, und die Besucher unserer Ruinen würden ihre traurige Reise umsonst antreten. Aber ach! Das wäre zu einfach gewesen. So hätte man das allgemeinwohl über die egoistischen Interessen einzelner gestellt. Diese Lösung war für den nationalen Block unannehmbar.

Tausende von Menschen haben sich bei uns während des Krieges bereichert. Ihr wißt, welch schamloser Wucher getrieben wurde, wie man uns ungestraft ausbeuten konnte. Diese Leute sind heute die Herren Frankreichs. Sie haben die Wahl der „Chambre introuvable" möglich gemacht, deren Rolle es vor allem ist, die Schieber zu beschützen.

Der Friede, unter dem wir jetzt leben, bereicherte nicht weniger als der Krieg. Die kriegszerstörten Gegenden bildeten ein ausgezeichnetes Ausbeutungsobjekt für diejenigen, die ihren Reichtum noch nicht genügend groß erachteten. Ganze Schwärme von „Wiederaufbauern" ergossen sich über unsere Provinzen. Sie besaßen mächtige Verbindungen, sie verfügten über Minister und Unterstaatssekretäre. Sie gingen in den Pariser Verwaltungsgebäuden aus und ein. Ihnen wurden zu wahnwitzigen Preisen Lieferungen übertragen, die nicht oder schlecht ausgeführt wurden. Und dann, welch skandalöse Verschleuderung der Unterstützungsgelder, die von der Kammer in reichlichstem Maße bewilligt wurden! Wagte man einen Einwand, so lautete in den Pariser Ministerien die stereotype Antwort: „Der Boche zahlt alles! Auf ein paar Franken mehr oder weniger kommt es nicht an!" Nicht nur Klotz, auch seine Nachfolger führten dieses unheilvolle Wort auf den Lippen...

Und so schüttete man Millionen aus an Industrielle, die nie eine Fabrik im Norden besaßen. Anlagen, die vor dem Kriege in Ruinen lagen, wurden so bezahlt, daß ihre schmunzelnden Besitzer sich Landhäuser in der Umgebung von Paris und Fabrikgebäude im Süden Frankreichs erbauen konnten.

Unsere Departements aber blieben in Trümmern. Sie wurden zu willkommenen Ausbeutungsobjekten für die Unternehmer von Automobilfahrten, die Amerikaner und Engländer die Majestät der Ruinen bewundern ließen.

Man schloß mit Deutschland ein Abkommen in Wiesbaden. Man errichtete einen kostspieligen Apparat, um die deutschen Aufträge entgegenzunehmen. Aber die Waren wurden niemals bestellt. Heute klagt man Deutschland an. Mit welchem Recht? Man will Geld, immer nur Geld. Aber Deutschland kann das Geld nicht zahlen. Es kann nur Waren liefern. Warum will man sie nicht? Ganz einfach: weil sonst die Interessen einzelner französischer Industrieller darunter litten. Die Selbstsucht unserer eigenen Landsleute und die Schuld des nationalen Regierungsblocks verhindert jede Aufbautätigkeit!

Selbst Deputierte mischen sich in diese schmutzigen Händel. Ein Abgeordneter der Stadt Paris, Advokat am Appellationsgerichtshof, ist zugleich Ziegelsteinhändler und benutzt seinen politischen Einfluß, um seine Lieferungen bei der Regierung durchzusetzen. Ein anderer, praktischer Arzt, macht ähnliche Geschäfte. Ein Regierungsbevollmächtigter für die zerstörten Gebiete, ist Großunternehmer und spricht sich selbst die Lieferungen zu.

Das alles ist die Politik des nationalen Blocks. Auf diese Weise will man die Probleme der Reparation lösen. Wenn man so weiter macht, wird vielleicht in zwanzig Jahren der jetzige Ministerpräsident, nachdem er wieder seinem Ehrgeiz gemäß Präsident der Republik geworden ist, Hilfswerke für die Geschädigten einweihen, und er wird aufs neue, wie in den Totengräben Verduns, vor den Photographen lachen, indes sich unabsehbar die bemoosten Ruinen der toten Häuser und die vermoderten Grabkreuze der armen Soldaten hinziehen."

Diese Ausführungen entsprechen der Wahrheit sowohl wie den Anschauungen der unglücklichen Bevölkerung. Auf die Frage, was die Regierung für sie tue, lautet die Antwort immer gleich: „Nichts, gar nichts! Sie gibt mit vollen Händen den Reichen, für uns hat sie nur Worte, Worte, nichts als Worte. Sie sagt uns, daß Deutschland unser Elend verschuldet habe, daß Deutschland zahlen müsse. Eins ist sicher: wenn Deutschland heute ungezählte Milliarden zahlte, es würde uns dadurch nicht „für einen Sou" besser gehen."

Am meisten empört die Leute die Reklame, die man mit ihrem Elend macht. Die Fremden, die man herbeiführt, der ganze organisierte Dienst, den man zu dem doppelten Zweck eingerichtet hat, Geld zu verdienen, und die Zerstörungen des Krieges propagandistisch zur Schürung des Deutschenhasses auszubeuten. Nicht selten spielen sich dabei bezeichnende Zwischenfälle ab. So wurde kürzlich unweit Arras ein „Touristen"auto von der wütenden Landbevölkerung angehalten und sämtliche Insassen regelrecht verprügelt. Mehr und mehr bricht sich die Erkenntnis Bahn, daß die zerstörten Gebiete einfach ein Faktor in der französischen Politik sind, daß deren Wiederaufbau eine wichtige Position der imperialistischen Machthaber in Paris zerstören würde. Daß daneben auch mit Nutzen private Geschäfte von persönlich interessierten amtlichen Würdenträgern gemacht werden können, die als Zugabe gern mit in den Kauf genommen werden, versteht sich von selbst.

Die Oberrhein-Kanalisation.

Das Resultat des Straßburger Abkommens.

Die „Basler Nachrichten" bringen den Wortlaut des am 10. Mai in der internationalen Rheinzentralkommission in Straßburg beschlossenen Kompromisses über den Ausbau der Oberrheinstrecke. Er besteht aus einer Vereinbarung zwischen den Delegationen Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz, sowie aus einer Resolution der Gesamtkommission. Die beiden Aktenstücke lauten:

Vereinbarungen zwischen den Delegationen Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz.

I.

In der Absicht, an dem von der französischen Regierung auf Grund des Art. 358 des Versailler Vertrages eingereichten Kembser Abteilungsprojekt die von der Zentralkommission für die Rheinschiffahrt empfohlenen Abänderungen anzubringen, sind die unterzeichneten Vertreter von Deutschland, Frankreich und der Schweiz in der Zentralkommission über folgende Bestimmungen übereingekommen:

1. Der Stau des Kembser Wehres wird oberhalb bis zur Birs ausgedehnt.

2. Die Konzession für das dem Stau auf schweizerischem Gebiet entsprechende Gefälle und die Ermächtigung zur ergänzenden Anhandnahme auf badischem Gebiet werden dem von der französischen Regierung bezeichneten Berechtigten in den von den Delegationen der beiden interessierten Staaten festgesetzten Formen und unter den von ihnen festgesetzten Bedingungen in der Zeit von einem Jahre seit Einreichung des Begehrens eingeräumt. Letztere muß von der üblichen Beurkundung begleitet sein. Der Konzessionsberechtigte wird unverzüglich die nötigen Hinweise erhalten.

II.

In gleicher Weise sind die Unterzeichneten einig in bezug auf die Regulierung des Rheins zwischen Straßburg und Basel. Sie sind in folgendem Punkt übereingekommen:

1. Die Regulierungsarbeiten werden nach Maßgabe der Zustimmung zu den Projekten durch die Zentralkommission und nach Erfüllung der reglementarischen Formalitäten an die Hand genommen.

2. Die drei Staaten werden sich unter sich verständigen über die Ausführungsbedingungen, die Kosten dieser Arbeiten und über die Wahl des Abschnittes, dessen Regulierung im Interesse der Schiffahrt am notwendigsten ist.

In drei Exemplaren ausgefertigt. Straßburg, am 10. Mai 1922.

Es folgen die Unterschriften.

Die Zentralkommission für die Rheinschiffahrt nahm Kenntnis von dem obigen Abkommen zwischen den Vertretungen Deutschlands, Frankreichs und der Schweiz und beschloß folgende Resolution:

Resolution.

I.

Das französische Projekt des Kembser Kanals, so wie es durch die Resolution vom 16. Dezember 1921 verbessert und abgeändert wurde, wie auch durch die Ergänzungsresolution von heute, erfüllt die Bedingungen, die in Art. 358 des Versailler Vertrages angegeben sind, vorausgesetzt, daß die Wassergeschwindigkeit im Zuleitungskanal von 1 Meter 20 auf ungefähr 70 Zentimeter in der Sekunde reduziert wird durch Ausdehnung des Staues bis zur Birs.

Im Ablaufkanal unterhalb des Wendebeckens kann die Wassergeschwindigkeit auf 1 Meter beibehalten werden.

Angesichts der Verminderung der Wassergeschwindigkeit und der Verkürzung des Kanals um ungefähr 4 Kilometer wird das Zwischenbecken aufgehoben und die Längen der Wendebecken angesetzt auf 400 Meter für dasjenige unterhalb des Kraftwerkes und 750 Meter für dasjenige oberhalb des Kraftwerkes. Zugleich wird der Kanal für eine etwa 1000 Meter lange Strecke oberhalb dieses Wendebeckens verbreitert. Für den Fall, daß die große Schleuse verlängert würde, würde das Wendebecken entsprechend verlängert.

Für den Fall, daß 18 Monate nach Einreichung des Begehrens die Konzession für den Stau auf schweizerischem Gebiet nicht vorläge und daß die Ermächtigung von Baden nicht erteilt wäre, könnte das Abteilungsprojekt so erstellt werden, wie es aus den Anordnungen des § 1 der Resolution vom 16. Dezember 1921, ergänzt durch die Resolution vom 10. Mai 1922, hervorgeht.

Es wird vorausgesetzt, daß die hier gegebenen technischen Beziehungen in keinem Falle als Präzedenzfall bei der Prüfung der andern Staustufen angeführt werden können.

Ferner wird neuerdings festgestellt, daß die Kontrolle der Zentralkommission in jeder Hinsicht, was die Schiffahrt auf dem Kanal anbetrifft, unter den gleichen Bedingungen ausgeübt wird wie auf dem Rheine.

II.

Die Zentralkommission gibt ihre Zustimmung zu der Regulierung des Rheines zwischen Straßburg und Basel, die von der Schweiz verlangt wird.

III.

Obige Resolution ändert in nichts die Rechte und Verpflichtungen der Staaten und die Kompetenzen der Zentralkommission, wie sie aus den in Kraft bestehenden Verträgen und namentlich aus dem Versailler Vertrag (Art. 354 bis 362) und aus der Mannheimer Rheinschiffahrtsakte hervorgehen.

Nachtrags-Resolution.

Wenn das Abteilungsprojekt, wie es aus den Anordnungen des § 1 der Resolution vom 16. Dezember 1921 hervorgeht, verwirklicht würde, wird die Verbreiterung des Zuleitungskanals oberhalb des Wendebeckens auf eine Länge von 1200 Meter, gerechnet vom obersten Ende des Wendebeckens, verbreitert (die Verbreiterung würde 35 Meter auf mindestens einer Erstreckung von 1000 Meter betragen) und das Zwischenbecken wird aufgehobn.

In einem Zusatzprotokoll zum ersten Aktenstück erklärt die französische Delegation, daß Frankreich die Konzessionsbedingungen der Schweiz, falls sie billig und vernünftig sind, heute schon anzunehmen sich verpflichte. Die deutsche und französische Delegation erklären, daß es nicht als Zuwiderhandlung gegen das Abkommen gelten darf, wenn diese beiden Staaten im Verlaufe der weiteren Verhandlungen keine weiteren Lasten auf sich nehmen wollen als die Unterhaltskosten, während anderseits die schweizerische Delegation erklärt, daß das Abkommen die Frage der Kostenverteilung nicht präjudiziere und daß sie sich bezüglich der Kosten völlige Diskussionsfreiheit vorbehalte.

Ueber die Tagung des Gewerkschaftsbundes der Angestellten

erhalten wir folgende Zuschrift:

Am 10. und 11. Juni fand in Freiburg der 2. ordentliche Gautag des Gaues Baden-Pfalz-Saarim G.D.A. statt, der sich zu einer machtvollen Kundgebung für die unter fremdem Joch schmachtenden Kollegen gestaltete.

Am Samstag fanden getrennte Kommissionssitzungen statt, in denen interne Fragen beraten wurden. Für den Abend hatte die Ortsgruppe Freiburg zu einem Feste geladen.

Die Tagung fand am Sonntag statt. Als Gäste waren erschienen: Herr Bea als Vertreter des Stadtrates, Handelsschuldirektor Karle, sowie mehrere Vertreter der politischen Parteien. Aus dem Geschäftsbericht geht hervor, daß der Gau im Berichtsjahr eine recht günstige Entwicklung genommen hatte. Von den Ortsgruppen war eine Anzahl von Entschließungen eingegangen, die sich mit Aenderung des Betriebsrätegesetzes, der geplanten Durchlöcherung der Sonntagsruhebestimmungen, dem Steuergesetz u. a. mehr befaßten.

Im Mittelpunkt der Tagung stand der Vortrag des Bundesvorstehers Gustav Schneider über „Wirtschaftsaufbau und Spezialpolitik". Dabei führte der Redner u. a. aus: Wir alle müssen lernen, daß die untrennbare Einheit des völkischen Gemeinschaftslebens aus drei großen Strömen besteht: Politik, Wirtschaft und Kultur. Die heutigen Errungenschaften auf diesem Gebiete werden gekennzeichnet durch den fundamentalen Satz unserer Verfassung: „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus". Die neuen Rechte setzen aber auch ernste Pflichten voraus, wir müssen also erst einmal den Willen in unserem Volke wecken und erziehen, um den toten Buchstaben des Gesetzes Leben zu verleihen. Früher war die berechtigte Auffassung vertreten, daß die Politik von einzelnen Volksschichten bestimmt wird; heute jedoch ist jeder einzelne dazu berufen, nach seinen Fähigkeiten an der Gestaltung des Staates selbst mitzuarbeiten. Wir haben kein Recht mehr, auf eine schlechte Regierung zu schelten, denn sie ist ja nur das Spiegelbild der Volksstimmung. Ist sie schlecht, so ist dies ein Beweis dafür, daß die breite Masse des Volkes kein politisches Urteil hat. Für uns Angestellte ist ausschlaggebend, daß der Staat in der Politik die Menschen wertet, ohne nach deren Herkunft zu fragen, während in der „Wirtschaft" der Besitz entscheidet. Der Kapitalismus hat sich nach dem Kriege bedeutend stärker entwickelt als zuvor. Der Unternehmer ist selbst bei festestem Zusammenschluß aller Arbeitnehmer in der Wirtschaft immer der Stärkere. Darum gilt es vor allen Dingen, Einfluß auf die politischen Körperschaften zu gewinnen, die die wirtschaftlichen Gesetze machen. Deshalb müssen wir die Gewerkschaftsbewegung vorwärts bringen. Dies gelingt uns aber nicht, wenn die Gewerkschaften, gewissermaßen nur ein Spiegelbild der politischen Parteien, in sich selbst zerrissen und zerklüftet sind. Dies hat der G.D.A. als einzige Organisation erkannt und den einzig richtigen Weg eingeschlagen; nämlich die Einheitsfront der Arbeitnehmer zu schaffen. Er duldet nicht die zersetzenden Einflüsse der politischen Parteien auf die Gewerkschaften. Wir dürfen das Materielle nicht überwuchern lassen. Letzten Endes entscheidet in allen Dingen die Kraft des Geistes und der Persönlichkeit. Wenn der Staat sich vom absoluten zu einem freien Volksstaat umgebaut hat, so muß dies in allen Zweigen der Verwaltung zum Ausdruck kommen. Es ist einfach unhaltbar, wenn wir unzählige Wohlfahrtseinrichtungen haben, die von unseren Geldern finanziert werden, für unsere Mitglieder bestimmt sind und durch den bürokratischen Apparat unseres Staates verwaltet werden. Wie unhaltbar diese Verhältnisse sind, beweist ein Vergleich zwischen den Ortskrankenkassen, den anderen Versicherungseinrichtungen, wie Invaliden- und Angestelltenversicherung, die seit ihrer Schaffung in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts unendlich segensreich gewirkt haben. Hier haben die Mitglieder durch ihre Kritik die Möglichkeit, Schäden abzustellen, während bei einer Beanstandung der erstgenannten staatlichen Einrichtung der kritisch veranlagte Staatsbürger Gefahr läuft, außerdem noch bestraft zu werden.

In diesem Zusammenhang kam der Redner auf das Betriebsrätegesetz zu sprechen. Den einen großen Vorzug hat dieses Gesetz, daß die Arbeitgeber auf tüchtige Menschen aufmerksam werden, die sie früher übersehen haben. Das Mitbestimmungsrecht muß aus den Betrieben auf die Vertretung der Gesamtinteressen der Arbeitnehmer übertragen werden. Die Sozialpolitik und die Wirtschaft müssen eins sein. Wenn es in dieser Hinsicht nicht besser wird, so fallen die jüngsten, in Arbeit befindlichen Gesetze, Arbeitslosenversicherung, Arbeitsnachweis genau so aus, wie die früheren „sozialen" Einrichtungen. Wir zahlen die Kosten und der Staat verwaltet sie. Auch die Schlichtungsordnung kann erst dann für uns segensreich sein, wenn die Amtsstellen einen demokratischen Geist verspüren lassen. Am Schlusse seines Vortrages hielt der Redner eine ganz entschiedene Abrechnung mit all jenen, die zur Zerrissenheit unseres deutschen Volkes beitragen. Wenn wir uns in der Welt wieder Geltung verschaffen wollen, so können wir dies nur, indem wir mehr leisten auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Deutschland muß das Tempo der Kultur angeben. Nicht der Internationalismus kann den wahren Frieden in der Welt bringen, sondern die Völkerversöhnung auf der Grundlage eines starken Volkstums. In diesem Sinne müssen wir arbeiten, besonders im Hinblick auf das Los unserer Brüder in Danzig, Posen, im Memelland, in Oberschlesien und in den besetzten Gebieten. Endlich müssen wir auch den Kampf ansagen dem Parteihader, der die Staatsnotwendigkeiten überschattet. Wir schlagen uns gegenseitig mit Worten tot, anstatt daß wir sachlich kämpfen und tiefer eingehen in die sachlichen Gründe des Gegners. In dieser Hinsicht sind wir als Einheitsgewerkschaft berufen, für Einheit und für Recht einzutreten. Das, was wir in unserem Bunde praktisch durchgeführt haben, müssen wir auf die Parteien und auf das Volksganze übertragen. Die vaterländische Gesinnung zeigt sich am besten bei der Mitarbeit am Wiederaufbau. Von der inneren Erstarkung und von der inneren Einheit des deutschen Volkes wird es abhängen, ob es uns gelingt, den Worten des deutschen Dichters Geltung zu verschaffen: „Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland."

Im Anschluß an die mit Begeisterung aufgenommenen Ausführungen wurde folgende Entschließung einstimmig angenommen:

„Der 2. Gautag des Gaues Baden-Pfalz-Saar bekennt sich erneut und einmütig zu dem einigenden und sieghaften Gedanken des Gewerkschaftsbundes der Angestellten, wie er in der Entschließung zum 1. Gautag ausgesprochen worden ist.

Der Gautag sendet allen im besetzten Gebiet wohnenden deutschen Brüdern, insbesondere unseren vom deutschen Vaterlande losgerissenen oberschlesischen, herzliche Grüße mit dem Gefühl unauslöschlicher Dankbarkeit.

Die allgemein wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich seit dem 1. Gautag nicht verbessert. Dauernde Besserung kann nur die Erfüllung des Programms des G.D.A. bringen: Zusammenfassung, Zusammenschweißung aller unter gleichen sozialen und wirtschaftlichen Nöten leidenden Berufsgenossen ist lebensvolle Entfaltung und Gestaltung zu freiheitlich-national-sozialer Entwicklung des Staates als eines sittlichen Gemeinwesens, die uns beste Bürgschaft für einen lichtvollen Ausblick in deutsche Zukunft gewährleistet. Diese Zukunft ist nur gesichert, wenn die volle Erkenntnis der auf unserem Volke lastenden Bürde alle Schichten des Volkes durchdringt und dieses Bewußtsein in allen Handlungen und Taten sich auswirkt. Im Bewußtsein der Schwere unserer Aufgabe, aber mit jugendfrischer, lebensvoller Begeisterung wollen wir an die Arbeit gehen und ihre Erfüllung in der emsigen Kleinarbeit des Werktages anbahnen. In diesem Sinne begrüßt der Gautag den Pfingstbrief des Bundesvorstehers und stellt sich vollinhaltlich auf dessen Boden. Ueber dieser Tagesarbeit sollen uns leuchten die großen, erhabenen Ideale unserer Bewegung Vaterland, freiheitlich-soziale Entfaltung aller Volkskräfte."

Viele tausend Schritte

machst du täglich. Jeder Schritt bedeutet Kraftverlust, erschüttert auf harten Lederabsätzen das Nervensystem und bringt vorzeitige Ermüdung. Die Continental-Absätze aus bester Gummimischung legen ein federndes Kissen zwischen Absatz und Straße, schonen die Nerven u. lassen keine Müdigkeit aufkommen. Sie sind billiger und haltbarer als Leder. Millionen im Gebrauch.

Continental Absätze und Sohlen

Zu haben bei jedem Schuhmacher.

So gut wie Continental-Reifen!

Tagung des IX. Kreisfeuerwehrverbandes Mannheim.

a. **Weinheim**, 26. Juni. Hier wurde gestern der alle zwei Jahre stattfindende Kreisfeuerwehrtag des aus 38 freiwilligen Feuerwehren mit 3000 Wehrmännern bestehenden Kreisfeuerwehrverbandes Mannheim (Kreis IX) abgehalten. Kommandant Leuser (Reilingen) eröffnete die Tagung mit einem warmen Nachruf für den tags zuvor plötzlich gestorbenen ersten Kreisvorsitzenden Kommandanten Hermann Trunk (Plankstadt). Feuerwehr-Kreissekretär Ludwig Trunk, der Bruder des Verblichenen, überbrachte dessen letzte Grüße an den Verband vom Sterbebette. Die Versammlung erhob sich zu Ehren des gestorbenen Führers von den Plätzen. Die Erstattung des Geschäfts- und Kassenberichtes wurde wegen des Todesfalles von der Tagesordnung abgesetzt. Der Kreisbeitrag wurde von 30 auf 50 Pfg. erhöht, so daß einschließlich des Landesbeitrags von 50 Pfg. zusammen pro Kopf und Jahr 1 Mk. abzuführen ist. Ein Antrag des Kommandanten Knebel (Waldhof), die Festlichkeiten im Hinblick auf die Zeitlage einzuschränken, fand allseitige Unterstützung. Es wurde beschlossen, daß der Kreis sich bloß noch bei 25-, 50- und 60jährigen Feuerwehr-Jubiläen beteiligt. Ein Zusatzantrag des Kommandanten Carl Wild (Weinheim), daß die Wehren zu den Festzügen, die alle zwei Jahre bei den Kreisfeuerwehrtagen stattfinden, in einheitlicher Uniform mit Rock, Gurt und Helm zu erscheinen haben, wurde einstimig angenommen. Der nächste Kreisfeuerwehrtag im Jahre 1924 wurde in Leutershausen anberaumt. Nach Schluß begab man sich zur Hauptprobe der Freiwilligen Feuerwehr Weinheim vor das Rathaus.

Aus Baden

t. **Heidelberg**, 27. Juni. 3000 Radler und Radlerinnen trafen am Sonntag aus allen Richtungen Südwestdeutschlands, vom Schwarzwald, aus Württemberg, aus der Pfalz, dem Saarland, hier ein. Verlangt war die Zurücklegung einer mindestens 100 Kilometer langen Strecke. Die Teilnehmer erhielten dafür eine sehr geschmackvolle Erinnerungsmedaille aus Porzellan. Um die Mittagsstunde fand auf dem Rathausplatz eine feierliche Begrüßung statt, bei der der Vorsitzende des Heidelberger Radfahrervereins, sowie der Bundespräsident des D.R.B., Oberkriegsgerichtsrat Becker, sprachen.

t. **Mosbach**, 26. Juni. Zu dem Brand des Lagerhauses verlautet, daß in der Tat infolge der in dem Lagerhaus aufgespeicherten Kunstdüngemittel eine große Explosionsgefahr bestand. Dagegen sei nicht richtig, daß die Feuerwehr infolge dieser Explosionsgefahr sich geweigert habe, die Löscharbeiten fortzusetzen; die Feuerwehrleute hätten vielmehr sozusagen mit Gewalt gezwungen werden müssen, von dem Brandobjekt abzulassen.

t. **Gengenbach**, 27. Juni. Vor kurzer Zeit wurde gemeldet, daß einem Landwirt, der aus einem Kirschenverkauf eine größere Summe erlöst hatte, als er beim Verladen der Kirschen selbst mit Hand anlegte und deshalb seinen Rock mit der Brieftasche für einen Augenblick weglegte, Rock und Brieftasche gestohlen wurden. Der Täter ist nun wahrscheinlich in der Person eines etwa 20jährigen, arbeitsscheuen Burschen verhaftet worden. Als man ihm mit Hilfe eines Polizeihundes auf die Spur kam, befand er sich im Besitz einer größeren Geldsumme, über deren Erwerb er sich nicht ausweisen konnte. Die Brieftasche und einen darin befindlichen Scheck über 100 000 ℳ hatte er in einer Wirtschaft in den Abort geworfen.

t. **Waldshut**, 27. Juni. Eine von der Stadtverwaltung einberufene Versammlung hat die beabsichtigte Verschmelzung der Kreise Waldshut und Lörrach einmütig abgelehnt. Es wurde betont, daß die Zukunft der industriellen Entwicklung nicht nach dem Westen, sondern ins Rheintal mit Waldshut als Mittelpunkt gehe. Deshalb müsse es abgelehnt werden, den Sitz der beiden Kreise nach Schopfheim zu verlegen, wie der Regierungsentwurf über die Aenderung der Kreiseinteilung vorsieht.

t. **Mimmenhausen** b. Ueberlingen, 27. Juni. Das 1½jährige Kind der Eheleute Muffler hatte sich in einem unbewachten Augenblicke entfernt und blieb verschwunden. Jetzt fand man seine Leiche im Rechen der Oelmühle.

t. **Friedrichshafen**, 27. Juni. Der Zollbehörde ist es gelungen, in den letzten Tagen wiederum ein Schmugglernest auszuheben. Als Schmugglerware kamen wiederum Arzneimittel in Frage. Die letzteren im Werte von 20 000 ℳ konnten beschlagnahmt werden. Von den Helfershelfern wurden sieben hinter Schloß und Riegel gebracht.

Aus dem Stadtkreise

Unsere Bilder im Schaufenster: Traberrennen im neuen Prager Stadion auf dem Belvedere am Eröffnungstage. Der neunte preußische Städtetag. Hindenburgs Ostpreußenfahrt. Einen Liedergruß aus der Reichshauptstadt. Alpinisten zur Sommerzeit in den Tiroler Bergen. Kirchenfeier in Spanien. Einweihungsfeier des Heldenhains bei Bad Rothensfelde im Teutoburger Walde. Stapellauf des Dampfers „Weser". Von dem großen Frühjahrs-Motorrad-Automobilrennen auf der Avusbahn bei Berlin. Deutsche Kampfspiele. Die Kanu-Regatta in Grünau. Der Friedenspalast im Haag. Anläßlich des Fronleichnamsfestes wurde auch diesmal das historische Schifferfest in Laufen in Oberbayern abgehalten.

Verkehrssperren. Gesperrt ist die Annahme von sämtlichen Frachten einschließlich Wiederaufbaugut nach Kufstein, Passau, Simbach, Salzburg, Mittenwald und Lindau (Uebergang), Richtung Oesterreich, ohne jede Ausnahme. — Veranlaßt wird diese Sperre durch das weitere Umsichgreifen des österreichischen Eisenbahnerstreiks, der sich seit Sonntag auch in der Bodensee-Schiffahrt bemerkbar macht. Die österreichischen Schiffskurse werden von der bayerischen Verwaltung ausgeführt. In Vorarlberg sind die Bahnhöfe abgesperrt. Die Lage in Bregenz ist ruhig. Der Streik ist auf innerpolitische Gegensätze zwischen den sozialistischen Parteien und den landwirtschaftlichen Kreisen in Oesterreich zurückzuführen. Die Eisenbahner wollen, daß die ungesunden Verhältnisse Oesterreichs saniert werden durch eine Zwangshypothek auf Haus-, Grund- und Bodenbesitz, was bei der Landwirtschaft auf einen heftigen Widerstand stößt.

Arbeiterfahrkarten. Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Durch den am 1. Juni erscheinenden Nachtrag I zum Reichspersonentarif werden die Tarifbestimmungen über die Arbeiterrückfahrkarten geändert. Künftig erhalten: a) Verheiratete zur Fahrt zwischen dem Arbeits- und dem Wohnort des Ehegatten, b) Verwitwete und Geschiedene zur Fahrt zwischen dem Arbeitsort und dem Ort, wo sie mit ihren unverheirateten Kindern einen gemeinsamen Haushalt führen, c) Unverheiratete zur Fahrt zwischen dem Arbeitsort und dem Wohnort der Eltern. Elternlose unter 21 Jahren erhalten die Karten nach dem Wohnort der Erzieher. Die Bestätigung der Gemeindebehörden in Ziffer 2 des Ausweises zur Erlangung von Arbeiterrückfahrkarten ist daher entsprechend geändert worden. Die Bestätigung, daß der Arbeitnehmer ständig in ..... wohnt, ist weggefallen. Arbeiterrückfahrkarten werden während der Dauer der Wohnungsnot auf Entfernungen bis zu 150 Tarifkilometer ausgegeben. Zur Ausgabe gegen Vorlage des vorgenannten Ausweises sind die Fahrkartenausgaben ermächtigt.

Erhöhung der Gebühren für Pakete, Telegramme und Ferngespräche im Auslandsverkehr. Die seit der letzten Festsetzung des deutschen Gegenwerts für den Goldfranken (18. April) eingetretene Verschlechterung des deutschen Markkurses zwingt die Postverwaltung, bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket- und Telegrammverkehr sowie für Ferngespräche nach dem Ausland das Umrechnungsverhältnis für den Goldfranken mit Wirkung vom 22. Juni an auf 60 Mk. (bisher 56 Mk.) zu erhöhen. Das neue Umrechnungsverhältnis ist auch für die Wertangabe auf Briefen und Paketen nach dem Ausland maßgebend. Ueber die Einzelheiten geben die Postanstalten Auskunft.

Die „Luftpost". Zur Aufklärung über die Luftposteinrichtungen hat die Postverwaltung ein Werbeblatt „Luftpost" herausgegeben, das die wichtigsten Bestimmungen über den Luftpostverkehr mit den Gebühren und einer Skizze der Flugpostlinien mit eingezeichneten Flugzeugen enthält. Die „Luftpost" wird in allen Flugpostorten und anderen Verkehrsorten, die gute Verbindungen nach Flugpostlinien besitzen, unentgeltlich an Vereine, Gesellschaften, Firmen und sonstige Interessenten verteilt.

Entschädigung vertriebener Reichsdeutscher. Zu unserem Artikel in der Nr. 173 unseres Blattes vom Sonntag, den 25. Juni, wird uns noch mitgeteilt, daß die Anmeldefrist der Schadenersatzansprüche bis 1. Dezember 1922 verlängert ist.

Monatskarten bei der Straßenbahn. Wir machen auf die Bekanntmachung des Städt. Bahnamtes in der heutigen Nummer aufmerksam, nach der infolge der vom Bürgerausschuß am Freitag zu beschließenden Tariferhöhung die Neuausfertigung der Monatskarten erst vom 1. Juli, mittags ab 1 Uhr, erfolgen kann.

„Wiener Hof". Die mit großem Kostenaufwand zu einer Sehenswürdigkeit ersten Ranges umgewandelten Familienräume zum „Wiener Hof", Fasanenstraße 6, erfreuen sich infolge der streng reellen Geschäftsführung durch den Besitzer Emil Späth anhaltend eines starken Besuches, besonders während der täglich nachmittags und abends stattfindenden Künstlerkonzerte durch die bekannte Kapelle Ratzel. Neuerdings haben die feinen Räume weiteren Schmuck erhalten durch die schöpferischen Hände des Kunstmalers Hans Müller, dessen Pinsel die prachtvollen Gemälde „Der Rhein", „Die Mosel", „Der Sekt" und „Eine Weinseligkeit Liebfrauenmilch" wunderbar zur Geltung gebracht hat. Bilden schon die früher geschaffenen Bilder (Imitation altdeutscher Wandschränke) einen hohen Kunstgenuß, so dürften die neuerlichen Schöpfungen des Künstlers nicht verfehlen in den gemütlichen Räumen des „Wiener Hof" eine neue Zugkraft auf das hiesige und auswärtige Publikum auszuüben.

Unfall mit Todesfolge. In der Nacht zum 22. ds. Mts. stürzte der Metzger Jakob Sayer aus Unterjettingen in seiner Wohnung in der Gerwigstraße die Treppe hinunter und erlitt einen doppelten Schädelbruch. Der Verunglückte mußte in das städtische Krankenhaus gebracht werden, wo er an den Folgen starb.

Streit. Nach vorausgegangenem Wortwechsel warf ein in der Durlacherstraße wohnender Taglöhner einen im gleichen Hause wohnenden 65 Jahre alten Former die Treppe des 2. Stockwerks hinab, wobei dieser eine Nierenquetschung davontrug. Der Verletzte fand Aufnahme im städtischen Krankenhaus.

Verhaftet wurden: Ein Dreher aus Kleinsteinbach, ein Agent von hier, ein Händler aus Grötzingen sowie ein Müller aus Berghausen wegen Salvarsanschiebung; ein Schlosser aus Stuttgart wegen Fahrraddiebstahls; ein Schmelzer aus Nendingen, ein Erdarbeiter aus Buchenberg, ein Maschinenarbeiter aus Bruchsal, ein Geigenbauer aus Augsburg, ein Taglöhner, eine Weberin, sämtliche wegen Diebstahls; ein Schreiner aus Bulach wegen Körperverletzung; eine Kellnerin aus Bietigheim zur Erstehung einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten wegen Diebstahls, ein Taglöhner von hier wegen Diebstahls, ein Schuhmacher der wegen Diebstahls vom Amtsgericht Herne gesucht wurde, ein Taglöhner, der auf einer Polizeiwache Hausfriedensbruch verübte, zwei Arbeiterinnen und ein Hilfsarbeiter wegen Verdachts des Diebstahls, ein Student und ein Bankbeamter wegen Uebertretung der Ausländermeldevorschrift.

Chronik der Vereine.

Hausfrauenbund. Das war wieder einmal ein reizender Sonntag-Nachmittag, den wir in der Wohltätigkeitsaufführung zum Besten notleidender Frauen „Im Reich der Kinder" durch die bewährte Leitung von Fräulein Lina Kahn im vollbesetzten Gemeindehaus der Weststadt erlebt haben. Und als nach dem stimmungsvollen Vorspruch, der von Frl. Senta Rothschild so schön gesprochen wurde, der Vorhang sich teilte, da sah man ein gar lieblich zusammengestelltes Bild von all den vielen Puppenmütterchen, die nun ihre Leiden und Freuden, in abwechslungsvollem Gesang in melodiösen, von Fräulein Kahn gedichteten und vertonten Liedern ausdrucksvoll vortrugen. Rauschender Beifall wurde dem Singspiel zuteil. Dann kamen die Einzelnummern: Wie die Enkelin das Geburtstagspaket für den Großvater richtet, oder ein Trio von Haydn, einzelne Lieder, der Doktorbesuch in der Puppenstube, der viel Heiterkeit auslöste. Wir können die Namen alle der lieben Jugend nicht nennen, aber daß jede Nummer immer freudig aufgenommen, zeigte der sich steigernde Applaus. Auch Tänzchen sah man, so ein Schwesternpaar, das mit ihren winzigen Sonnenschirmen abwechslungsreich fein zu spielen wußte, und Hans und Liese, mehr den derben Bauerntanz darstellend. Dieses bunte Allerlei unterbrestend, kam nun mit seinem ernsteren Zweck das Werbegedicht für den Hausfrauenbund, um das ich gebeten worden war:

„Bei uns in unserm Hausfrauenbunde
Da lernt man Nützliches gar viel" . . .

und da wird dann einzeln aufgezählt, in was man sich alles unterrichten kann, um in den drückend teuren Zeiten praktisch und billiger durchzukommen. Das Kleidermachen, das Flicken, das Nähen, das Waschen, Färben, Bügeln, Kochen, Einwecken, wird in Kursen gezeigt, ja sogar die neumodische Batik gelehrt, guter Rat wird stets erteilt und

„Das alles kann man bei uns lernen:
Der Jahresbeitrag nur 10 Mark.
(Doch wird wohl gern auch mehr genommen)
Und trotzdem lohnt sich's zehnfach stark!
Und habet Ihr erst selbst erfahren
Wie segensreich der Hausfrauenbund
Dann werbt zum Wohle unseres Volkes
Zur Mitgliedschaft mit Herz und Mund."

Da trugen sich dann viele in die Merktäfelchen der herumgehenden Blumenkinder ein. Noch waren die Darbietungen nicht zu Ende und immer lebhafter wurde der Beifall, als die Familie Spatz pfiff und zwitscherte nach der originellen Melodie des alten Spatzen. Dann aber kam die Sensation des Nachmittags: Das Schmeichelkätzchen, getanzt von der kleinen sechsjährigen Hedi Porsch. Wie eine Elfe schwebte sie nach den Klängen der Musik über die lichterhellte Bühne, um später im „Pizzicato" einen neckischen Kobold ebenso charakteristisch darzustellen.

Vergessen dürfen wir aber nicht unsere kleine Ruth Müller, die auch, gleich Hedy Porsch, vor 4 Jahren zum erstenmal als Fünfjährige ihre ersten Erfolge errungen hatte und seitdem immer noch ein Liebling des Publikum bei diesen Kinder-Aufführungen ist. Auch die 5 kleinen Schwestern, gleich in Anzug, Kopfputz, Bewegungen, machten einen gar reizenden Eindruck. Noch muß ein größerer Dirndl-Reigen und ein Erntetanz erwähnt werden, ein Blumen- und Schmetterlingsreigen und den Beschluß machte dann der Einzug des Sommers von vielen bekränzten Kindern des Hausfrauenbundes. Zum Schluß wurde Frl. Lina Kahn, der Leiterin der ganzen Aufführung, stürmischer Dank dargebracht. Sicher ist das Ergebnis für den guten Zweck dieser fröhlich-heitern Aufführung ein recht günstiges gewesen und wird manchen notleidenden Frauen eine frohe Stunde bereiten.

A. v. Freydorf.

Die „Bela" (Vereinigung der leitenden Angestellten) Ortsgruppe Karlsruhe, hielt am 12. d. M. im Konkordiensaal des Moninger ihre Monatsversammlung ab, die sehr stark besucht war. Im Mitrelpunkt stand die Frage der Gehaltsregelung zu der über die angebahnten Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden und die Erfolg versprechenden, bisherigen Schritte vom Vorsitzenden in interessanten und mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Ausführungen Stellung genommen wurde. Die anschließende Aussprache ergab das dringende Bedürfnis, die Verhandlungen so rasch wie möglich zu einem positiven Abschluß zu bringen, da die Notlage der leitenden Angestellten besonders drückend ist und jeder Monat die Einkommensverhältnisse verschlechtert.

Veranstaltungen.

Mitteilungen des Bad. Landestheaters. Franz Schwerdt nimmt in der heutigen Aufführung des „Postillon von Lonjumeau" als „Chapelou" Abschied von seiner Tätigkeit als Mitglied des Badischen Landestheaters, dem er vier Jahre angehörte.

In Gerhart Hauptmanns „Weber"-Drama „aus den vierziger Jahren", das zunächst nur für die Volksbühne bis zum Schluß der Spielzeit in sechs nicht öffentlichen Vorstellungen in Szene gehen und am Donnerstag, den 29. Juni, zum erstenmal aufgeführt wird, sind in Hauptrollen beschäftigt die Damen Creutznach, Frauendorfer, Genter, Möller, Müller, Nasse, Noorman, Pix, und die Herren Bürkner, Benedict, Dahlen, Endlein, Fitz, Gemmecke, Herz, Höcker, Kienscherf, Müller, Paschen, von der Trenck-Ulrici und Unger. Die Spielleitung hat Felix Baumbach. Die Vorstellung beginnt um 7 Uhr

Als letzte öffentliche Schauspielvorstellung in dieser Spielzeit geht am Samstag, den 1. Juli, im Abonnement E 6 Grillparzers Schauspiel „Des Meeres und der Liebe Wellen" in Szene. In dieser Vorstellung verabschieden sich Adele Creutznach (Hero) und Ludwig Unger (Leander) nach zweijährigem Wirken im Verbande unseres Landestheaters vom hiesigen Publikum und treten darnach nur noch in den folgenden nicht öffentlichen Aufführungen der „Weber" von Hauptmann auf.

Städt. Konzerthaus. Die vorbereitenden Proben zu der Eröffnungsvorstellung der Operettengastspiele „Alt-Wien" haben bereits ihren Anfang genommen. Fast das gesamte Personal ist in dieser Operette beschäftigt und hat Gelegenheit, sich dem hiesigen Publikum vorzustellen. Der Soubrette Herti Janowitz und der Sängerin Mary Doree geht ein sehr guter Ruf voraus. In Toni Proner lernen wir eine Karlsruherin kennen, deren stimmlichen Mittel vielversprechend sind. Der Spieltenor Erwin Frieser hat in diesen Tagen die ihm anvertraute Partie in Wien am Karltheater anläßlich eines Gastspiels mit gutem Erfolge zur Geltung gebracht. Durch angenehmen lyrischen Tenor zeichnet sich Kurt Schütt aus. Der Name Karl Loebell ist bereits vom Vorjahre in bester Erinnerung. Die Herren Walter Friebel, Theodor Knapp und Benno Nora sind ebenfalls hervorragend beschäftigt, wie die für hier neue komische Alte Therese Wald. Die musikalische Leitung liegt in den Händen des Kapellmeisters Willy Bunten. Die Operette wird von Direktor Adalbert Steffter in Szene gesetzt.

Stadtgartenkonzert. Heute Mittwoch abend 8 bis 11 Uhr, findet ein „billiges Abendkonzert" statt. Der Musikverein Karlsruhe, Leitung O. Leonhardt jr. hat für diesen Abend ein volkstümliches Programm zusammengestellt, das allen Besuchern einen gemütlichen Abend sichert.

Der Zentralverband der Angestellten begeht in diesem Monat in ganz Deutschland die Feier seines 25jährigen Bestehens. Die hiesige Ortsgruppe veranstaltet aus diesem Anlaß nächsten Samstag, den 1. Juli, abends pünktlich 8 Uhr, im großen Saale der Städtischen Festhalle ein Festkonzert. Zu diesem haben außer dem vollständigen Landestheater-Orchester unter persönlicher Leitung von Operndirektor F. Cortolezis mehrere erste Künstler des Landestheaters ihre Mitwirkung zugesagt. Ferner wird die Kinder-Tanzschule unter Leitung von Frl. F. Bourgeau bei Ausführung des Programms mitwirken. Nach Beendigung des Festkonzerts findet in beiden Sälen ein Festball statt. Den Teilnehmern steht also ein äußerst genußreicher Abend bevor. Der Kartenvorverkauf hat sehr rege eingesetzt. Man beachte die Anzeige.

Kaffee Bauer. Aus dem heutigen Programm seien Mendelssohns Ouverture zum „Sommernachtstraum" und Wagners Siegfried-Idyll hervorgehoben. Als Solist wird der von seiner früheren Tätigkeit bekannte Cellist Alexander Jagalski mitwirken.

Standesbuch-Auszüge.

Eheschließungen. 27. Juni: Max Jaeger von hier, Ingenieur hier, mit Klara Margaretha Tolle von Köln; Albert Pfaadt von Ettlingen, Kaufmann hier, mit Sofie Hauck von hier; Christian Diehl von hier, Uhrmacher hier, mit Emma Lehmann von Liebenwerda; Heinrich Hack von Heidelberg, Polizeiwachtmstr. allda, mit Anna Bühler von Freiburg.

Geburten. 22. Juni: Hans Joachim, Vater Johannes Bender, Stadtbauoberinspektor. — 23. Juni: Tina Berta Elfriede, Vater Josef Greulich, Zigarrenhändler; Hans Rudolf, Vater Rudolf Wachter, Kaufmann; Gerda Magdalena Ella, Vater Karl Löffler, Straßenbahnführer. — 24. Juni: Günther Johannes, Vater Dr. Walter Maier, Lehramtspraktikant; Ingeborg Agnes Anna, Vater Edwin Gluns, Bankbeamter; Mathilde Johanna, Vater Dr. Anton Greinacher, Professor. — 26. Juni: Irma Ingeborg, Vater Gg. Fehrenbach, Registrator; Berta Vater Carl Schroeder, Kanzleigehilfe. — 27. Juni: Irmgard Aloise, Vater Karl Kanzler, Friseur.

Todesfälle. 25. Juni Pauline Reiff, alt 74 Jahre, Witwe von Wilhelm Reiff, Tapezier; Wilhelm Volk, Schreiner, ledig, alt 33 Jahre. — 26. Juni: Josef Reinfried, Ehemann, Wirt, alt 68 Jahre; Emma Bruchof, alt 28 Jahre, ledig, ohne Beruf; Friedrich Mayer, Kaufmann, Ehemann, alt 68 Jahre.

Beerdigungszeit und Trauerhaus erwachsener Verstorbenen. Mittwoch, den 28. Juni: 2 Uhr: Franz Josef Reinfried, Privatmann, Scheffelstr. 40; ½3 Uhr: Friedrich Mayer, Kaufmann, Kaiserstr. 14a (Feuerbestattung); ¼4 Uhr: Emma Bruchof, ohne Beruf, Winterstr. 27.

Gerichtssaal

Karlsruher Schwurgericht.

t. **Karlsruhe**, 27. Juni. Heute hatten sich Marta Wörthwein, Dienstmagd aus Pforzheim und Robert Burkhard aus Freudenstein wegen versuchter Abtreibung, Kindstötung bezw. Anstiftung dazu zu verantworten. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Dr. Engler, die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Deitigsmann. Das Gericht fällte folgendes Urteil: Marta Wörthwein und Robert Burkhard werden von der Anklage der Kindestötung freigesprochen, erhalten jedoch wegen versuchter Abtreibung eine Gefängnisstrafe von je drei Monaten, die bereits durch die Untersuchungshaft verbüßt ist.

Vom Wetter

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe.

Beobachtungen vom Dienstag, den 27. Juni 1922 (8 Uhr morgens M.E.Z.)

Ort	Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzten 24 Std.
Hamburg	751,4	13	WSW	mäßig	Regen	8
Danzig	755,0	15	S	schwach	wolkig	0
Berlin	754,7	14	S	mäßig	Regen	1
Frankfurt	756,9	15	WSW	mäßig	bedeckt	4
München	759,8	13	SW	stark	bedeckt	4
Kopenhag.	750,9	13	SW	leicht	Regen	7
Stockholm	750,6	14	WSW	mäßig	wolkig	0
Haparanda	—	—	—	—	—	—
Skudenes	746,5	10	W	leicht	bedeckt	2
Valentia	756,8	13	SSW	mäßig	bedeckt	1
Paris	759,7	15	WNW	mäßig	wolkig	8
Toulouse	764,9	17	still	—	wolkls.	0
Zürich	761,9	14	W	mäßig	wolkig	12
Wien	759,9	14	W	mäßig	wolkig	2

Beobachtungen badischer Wetterstellen morgens 7½

Luftdr. in NN mm	Temp. C°	Gestr. Höchst-Wärm.	Niedr. Temp. nachts	Winde Richtg.	Winde Stärke	Wetter	Niederschlag d. letzt 24 Std
Wertheim Seehöhe 151 m							
—	14	18	11	S	mäßig	Regen	2
Königstuhl Seehöhe 563 m							
757,8	11	14	8	W	leicht	Nebel	7
Karlsruhe Seehöhe 120 m							
759,0	14	15	12	SW	leicht	Regen	4
Baden-Baden Seehöhe 213 m							
759,2	12	16	11	SW	mäßig	bedeckt	5
Badenweiler Seehöhe 420 m							
—	13	16	11	W	frisch	bedeckt	3
Villingen Seehöhe 712 m							
761,1	12	15	10	SW	leicht	Regen	4
Feldbergerhof (Schw.) Seehöhe 1281 m							
650,7	7	7	5	SW	mäßig	Regen	21

Allgemeine Witterungsübersicht.

Unter dem Einfluß des über fast ganz Europa ausgebreiteten tiefen Druckes ist das Wetter heute meist trüb, vielfach regnerisch und infolge frischer ozeanischer Luftzufuhr ziemlich kühl. Bis morgen wird ein von Westen vordringender Hochdruckrücken vorübergehende Besserung herbeiführen; eine durchgreifende Aenderung des Witterungscharakters steht damit aber immer noch nicht bevor.

Wetteraussichten für Mittwoch, den 28. Juni: Vereinzelt noch etwas Regen, dann teilweise aufheiternd und tagsüber etwas wärmer. Die Besserung wird aber nicht von längerer Dauer sein.

Rhein-Wasserstände morgens 6 Uhr:

27. Juni		26. Juni
Schusterinsel	2,90 m	2,85 m
Kehl	3,66 m	3,66 m
Maxau	5,57 m	5,69 m
„	— m	mittags 12 Uhr 5,66 m
„	— m	abends 6 Uhr 5,63 m
Mannheim	4,79 m	4,83 m

Tagesanzeiger

Mittwoch, den 28. Juni 1922.

Bad. Landestheater: „Der Postillon von Lonjumeau". 7½ bis gegen 10 Uhr.
Stadtgarten: Konzert abends 8—11 Uhr. (Bei schlechtem Wetter fällt die Veranstaltung aus.)
Kaffee Bauer: Sonderkonzert. Abends 8¼ Uhr.
Residenz-Lichtspiele: Neues Programm.
Wiener Hof: Täglich Künstler-Konzert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg